Nr. 443

INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

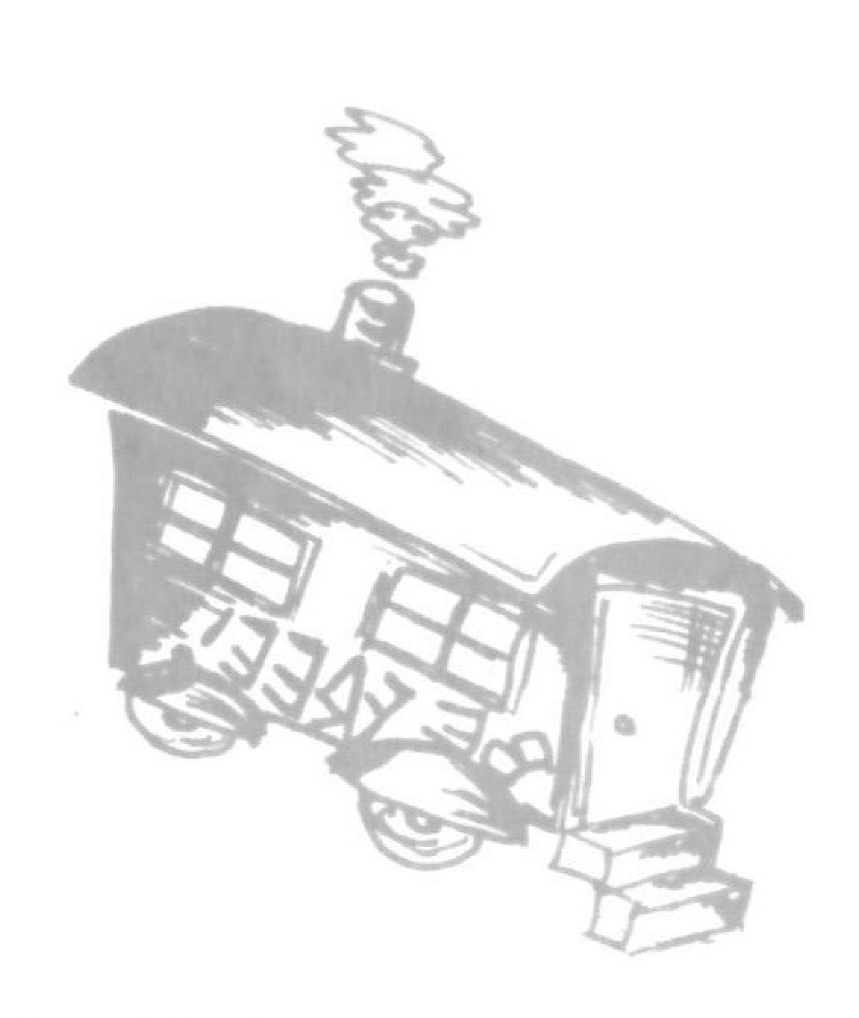
2,50 DM













5. Februar 1998

Alle Jahre wieder beginnt nun die Diskussion um die 1.Mai-Demo. Das Rennen hat diesmal die Antifaschistische Aktion Berlin gemacht, indem sie dieses Jahr die ersten mit einem Papier sind. (Seite 10)

Wir fänden es wichtig folgende Punkte besonders intensiv zu diskutieren:
-Welche Route gibt es dieses Jahr ?:a)Grunewald
b)Friedrichstr.
c)Allee der Kosmonauten (was meint die Ostblockgruppe dazu?)
-Sind die RKs nicht vielleicht doch integraler Bestandteil der emanzipativen, links-liberalen, autonomen, postmodernen, dekonstruktivistischen Bewegung?
-Sollte dieses Jahr der Sonnenbrillenblock aktiv und offensiv durchgesetzt werden?

Zu dem Text auf Seite 9 "2.Kiezbummel" haben wir folgendes anzumerken:
Das Ganze hätte uns mehr Laune gemacht,wenn nicht so viele TeilnehmerInnen alkoholisiert gewesen wären. Da solches Demoverhalten in letzter Zeit immer häufiger auftritt, sollte das Thema Alk auf Demos mal wieder hervorgeholt werden.

Ein paar Infos zum Thema Rheinsberg Abriß:
Wahrscheinlich soll im Juni dieses Jahres der 1.Castortransport von Rheinsberg nach Greifswald erfolgen (wenn bis dahin alle Genehmigungen vorhanden sind). Bereits jetzt stehen 3 gefüllte Castoren zur Abfahrt bereit. Der ganze Transport erfolgt in diesem Fall nur per Bahn. Insgesamt sollen 60 Castoren aus Rheinsberg und 60 Castoren aus den alten Bundesländern in Greifswald "zwischengelagert" werden.
Da bleibt uns nur mit dem nachfolgdenden Text (Seite 3 und 4) zu sagen:
Mit Wut und Witz den Castor verhindern!!!!!!!!!!

Atomkraftwerk Rheinsberg: Abriß von Lager genehmigt

POTSDAM (ADN). Brandenburgs Umweltministerium hat die Genehmigung zum Rückbau des Aktiven Lagers für feste und flüssige Rückstände im einstigen Kernkraftwerk Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) erteilt. Die Genehmigung gilt für den Rückbau von vier Gebäuden, für befestigte Außenflächen und Wege sowie für spezielle Kammern und Behälter, teilte das Ministerium gestern mit. In dem Lager wurden unter anderem ausgebaute Anlagenteile, Arbeitsmittel und kontaminierte Flüssigkeiten aufbewahrt. Nach Plänen des Ministeriums sollen die Atomabfälle aus dem 1990 stillgelegten Kernkraftwerk später in das Zwischenlager Nord bei Greifswald und schließlich in ein Endlager transportiert werden.

Brandenburgs Bündnis 90/Die Grünen lehnen die geplanten Castor-Transporte aus dem Norden Brandenburgs nach Greifswald strikt ab. Streitpunkt sind neben der Sicherheit der Transporte auch die befürchteten Sicherheitsrisiken im neuen Zwischenlager Nord. Der Transport von Castor-Behältern aus Brandenburg nach Mecklenburg-Vorpommern würde nach Ansicht der Grünen die Existenz des noch nicht genehmigten Zwischenlagers bei Greifswald legitimieren. Brandenburgs Grüne plädieren für einen Verbleib des Kernreaktors und Atommülls in Rheinsberg. Das Risiko einer radioaktiven Verseuchung sei bei einem Abriß höher als beim Verbleib des belasteten Materials.

Inahlte

TIERRA 1914 LIBERTAD 1994

*LUSMOREX

Herausgeberin: Interim e.V. Gneisenaustr. 2a 10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung: Eigendruck im Selbstverlag

OrdnerIn
Fliegenpilz: Politikunfähig
Sklavenhändler Hamburg
Ausgrenzung, Schanzenviertel
Chiapas: Massaker, Acteal

Wir stellen uns gemeinsam quer!
Von Neckarwestheim bis Ahaus!

NIX fährt mehr!

Mit Wut und Witz gegen jeden CASTOR-Transport, bis zur Stillegung aller Atomanlagen!

Für das Frühjahr '98 haben AKW-BetreiberInnen und PolitikerInnen den nächsten CASTOR-Transport in ein „Zwischenlager" geplant. Diesmal vom AKW Neckarwestheim ins Brennelemente-„Zwischenlager" Ahaus. Sie meinten, damit die Lehren aus dem heftigen Widerstand in Gorleben gezogen zu haben.
Im vermeintlich „widerstandsfreien" Ahaus hofften die BetreiberInnen, völlig problemlos Atommüll einlagern zu können. Dies ist ein Irrtum. Tatsächlich weht ihnen heute auch in Ahaus der Wind ins Gesicht.
Für den nächsten Transport sollen allein dort 18.000 PolizistInnen aufgeboten werden, um den Widerstand von Anfang an in einer Übermacht zu erdrücken. Nicht mit uns!

Von Neckarwestheim bis Ahaus – der Castor geht uns alle an!

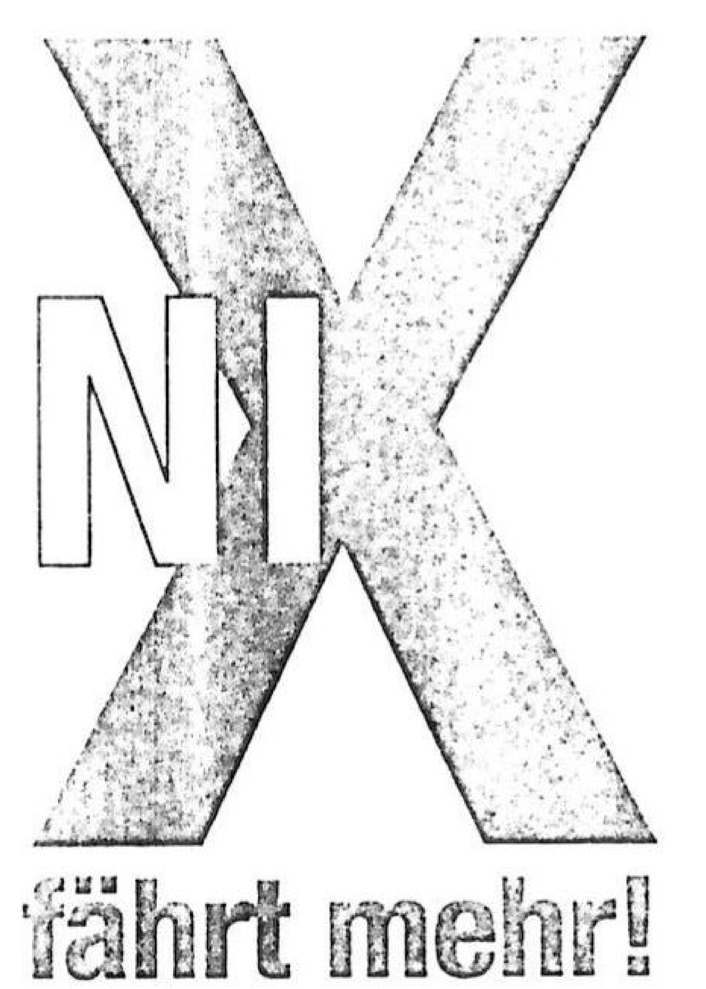
Den CASTOR verhindern, **bevor** er losfährt: Das bleibt unser Ziel! Daher rufen wir zu lebhaften Widerstandsaktionen von Neckarwestheim bis Ahaus auf. An diesen beiden Orten liegen die Schwerpunkte der NiX-fährt-mehr-Kampagne. Entlang der gesamten Strecke sollen viele weitere Aktionen stattfinden. Der aktuelle Aufenthaltsort des CASTOR-Transports kann unter der Telefonnummer (0 25 61) 96 17 99 erfragt werden. Alle AktivistInnen aus dem Süden fordern wir auf, sich am Widerstand in Neckarwestheim zu beteiligen. Sollte der CASTOR dennoch das AKW verlassen, bleibt noch genügend Zeit, um auch in Ahaus aktiv zu werden.

Die WiderstandlerInnen in Neckarwestheim und Ahaus haben sich mit einer anti-atomaren „Städte"-Partnerschaft gegen den geplanten Transport gestellt. Eine ähnliche Unterstützung gegen den Atomstaat haben die beiden Atommüll-„Zwischenlager"-Standorte Gorleben und Ahaus beschlossen. Transporte nach Gorleben sind auch weiterhin geplant. Dabei ist nicht auszuschließen, daß ein solcher Transport zeitgleich mit dem Transport Neckarwestheim-Ahaus durchgeführt wird.

Händeringend suchen AKW-BetreiberInnen und Bundesregierung nach einer Möglichkeit, ihren Atommüll sicher zu lagern. Tatsächlich gibt es diese Möglichkeit nirgendwo auf der ganzen Welt. CASTOR-Transporte, Wiederaufarbeitung (WAA) im Ausland und „Zwischenlagerung" sollen suggerieren, es gäbe einen Weg, den Atommüll sicher zu entsorgen.

Die sogenannte „Zwischenlagerung" des Atommülls sowie dessen Wiederaufarbeitung im französischen La Hague und im englischen Sellafield dienen den BetreiberInnen als Entsorgungsnachweis, der für den Betrieb der Atomkraftwerke (zumindest nach derzeitiger Gesetzeslage) notwendig ist. Die auslaufenden Verträge der AKW-BetreiberInnen mit den WAAs führen dazu, daß die BetreiberInnen zukünftig vermehrt den Weg der „Zwischenlagerung" gehen müssen, sollen ihre AKWs denn weiterlaufen. Dies würde häufige Transporte in die „Zwischenlager" bedeuten. Ahaus und Gorleben spielen in ihren Plänen eine zentrale Rolle.

Die Atomtransporte sichern somit den Betrieb der Atomanlagen. Sie sind die Achillesferse der Atomindustrie, denn: Wenn die Lagerkapazitäten der AKWs erschöpft sind, müssen diese abgeschaltet werden. Wir wollen mit unserem Widerstand an diesem Knackpunkt ansetzen, um das gesamte Atomprogramm zu Fall zu bringen. Die sofortige Stillegung aller Atomanlagen ist unser Ziel! CASTOR-Stopp geht uns alle an!



Die Stärke des Widerstandes

Zeitungsanzeigen, Unterschriftensammlungen, Gottesdienste und Treckerdemos, Hüttendörfer, Demonstrationen, Sabotageaktionen und Barrikadenbau sind Ausdruck der Vielfalt des Widerstandes. Nur gemeinsam, mit Toleranz und Rücksichtnahme, sind wir bei aller Unterschiedlichkeit stark genug. Die herrschende Politik möchte den Widerstand spalten.

Wo „friedlicher" Protest Jahrzehnte lang ignoriert, verschwiegen oder beiseite geräumt wurde, werden nun Menschen, die durch Blockaden und Sabotagen, durch Anketten oder Schienen zersägen den Widerstand praktisch werden lassen, als GewalttäterInnen, RandaliererInnen und ChaotInnen diffamiert. Nur der gemeinsame Widerstand kann BetreiberInnen und herrschende Politik zum Umdenken zwingen. Die Vielfalt, zu der unterschiedlichste Aktionsformen gehören, ist unsere Stärke. Von Neckarwestheim bis Ahaus soll jedeR Widerständische eigenverantwortlich entscheiden, wie er/sie handelt. Dabei gehört es für uns selbstverständlich dazu, daß niemand die Aktionsformen des/der anderen verhindert, behindert oder auf sonstige Weise ins Gegenteil verkehrt. Gemäß dem Grundsatz der Anti-Atom-Bewegung, keine Menschen zu gefährden, wollen wir keine Gewalt gegen Menschen und fordern ein verantwortungsvolles Verhalten während der Aktionen.

Legal und legitim

Viele Aktionen am Tag X verlassen den Rahmen des Legalen. Selbst eine Protestkundgebung auf den Schienen ist nicht mehr legal. Wir halten aber solche Ordnungswidrigkeiten und andere Verstöße gegen geltendes Recht für legitim, um uns gegen die ungleich größere Bedrohung durch die Nutzung der Atomkraft zu wehren. Für uns gilt der Grundsatz, daß alle Aktionen verhältnismäßig und vermittelbar bleiben. Sinnlose Zerstörung und Militanzgehabe schaden uns nur.

Organisatorisches für Neckarwestheim und Ahaus

Vom Organisatorischen trifft vieles sowohl für Neckarwestheim als auch für Ahaus zu. Daher im folgenden erstmal die Dinge, die für beide Orte gelten. Anschließend findet ihr dann die örtlichen Besonderheiten.

X minus

Aktionsbeginn ist das Wochenende vor dem Transport. Nach Auftaktkundgebungen am Wochenende werden die einzelnen Camps bezogen.

Entscheidungsstrukturen

Es gibt kein Vorrecht oder hierarchische Strukturen. Entscheidungen sollen basisdemokratisch entweder im Plenum oder im Delegiertenrat getroffen werden. Beides steht prinzipiell immer jedem Menschen offen. Beteiligt Euch!

Am besten reist ihr in einer festen Bezugsgruppe an oder bildet auf dem Camp zusammen mit anderen eine Bezugsgruppe.

Camps

Es wird mehrere Camps geben. Die Standorte können sich noch kurzfristig ändern. In allen Camps soll es die notwendigen Strukturen geben, wie Frauenbereiche, Infozelt, Camp Koordination, Volxküchen, sanitäre Anlagen, Telefone usw. Trotzdem ist es wichtig, daß ihr nicht unvorbereitet kommt. Bringt also Zelte, Schlafsäcke, genügend Wechselklamotten und alles mit, was ihr sonst noch braucht.

Die Camps werden basisdemokratisch organisiert. Beteiligt Euch!

Alle Camps und Aktionen sollen alkohol- und drogenfrei sein. Die Aktionstage sind anstrengend – klarer Kopf ist wichtig – sonst gefährdet ihr euch und andere. Überlegt euch, ob ihr zu diesen Aktionstagen euren Hund mitbringen mußt.

Kein Camp ist bestimmten Gruppen oder Aktionen vorbehalten.

Die Camps sollen ausnahmslos zur sexismusfreien Zone gemacht werden. Wer sich durch sexistisches Verhalten oder Gerede hervortut, fliegt raus und fährt nach Hause. Punkt.

Infozelt, Camp Koordination und Nachtwachen sollen immer gemischt mit Frauen und Männern besetzt werden. Aber auch hier ist euer Einsatz nötig.

Kommunikation

Es wird an beiden Orten einen Ermittlungsausschuß geben (s.u.). Für allgemeinere Fragen werden mehrere Info-Telefone da sein. Auf, zwischen und bei den Camps sowie Aktionen wird es eine Kommunikationsstruktur geben, die die Informationsweitergabe gewährleisten wird.

SanitäterInnen

Es gibt Demo-Sanis und die üblichen Rettungsdienste. Die Sani-Gruppen suchen noch dringend kompetente Unterstützung. Bitte meldet euch schon im Vorfeld.

Presse und Medien

Es soll einen gemeinsam abgestimmten Umgang mit der Presse und anderen Medien geben. Zu diesem Zweck soll für Neckarwestheim und Ahaus jeweils eine gemeinsame Pressegruppe gebildet werden. Auf den Camps werden keine Kameras zugelassen.

Ermittlungsausschuß – EA

Die EAs in Neckarwestheim und Ahaus, deren Telefonnummern bekannt gegeben werden, wird es nicht nur vor und am Tag X geben. Sie werden auch alle eventuell anstehenden Prozesse in der Folgezeit koordinieren. Daher die übliche Aufforderung, alle Beobachtungen zu melden, Gedächtnisprotokolle anzufertigen und bei jeder Mitteilung oder Aufforderung von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten den jeweiligen EA zu verständigen.

Geld und Spenden

Die ganze Arbeit kostet viel Geld. Wer kann, sollte diese unterstützen. Dazu gibt es verschiedene Möglichkeiten. So könnt ihr für das örtliche Delegiertentreffen spenden oder auch den Sanis, der Camp Vorbereitung und den EAs Geld oder sonstige Unterstützung zukommen lassen. Tut das auch! Für Neckarwestheim gibt es das Konto des Aktionsbündnisses, für Ahaus das der Kooperative e.V. (Konto Nr. s.u./Stichworter verwenden).

Organisatorisches speziell für Neckarwestheim

X minus

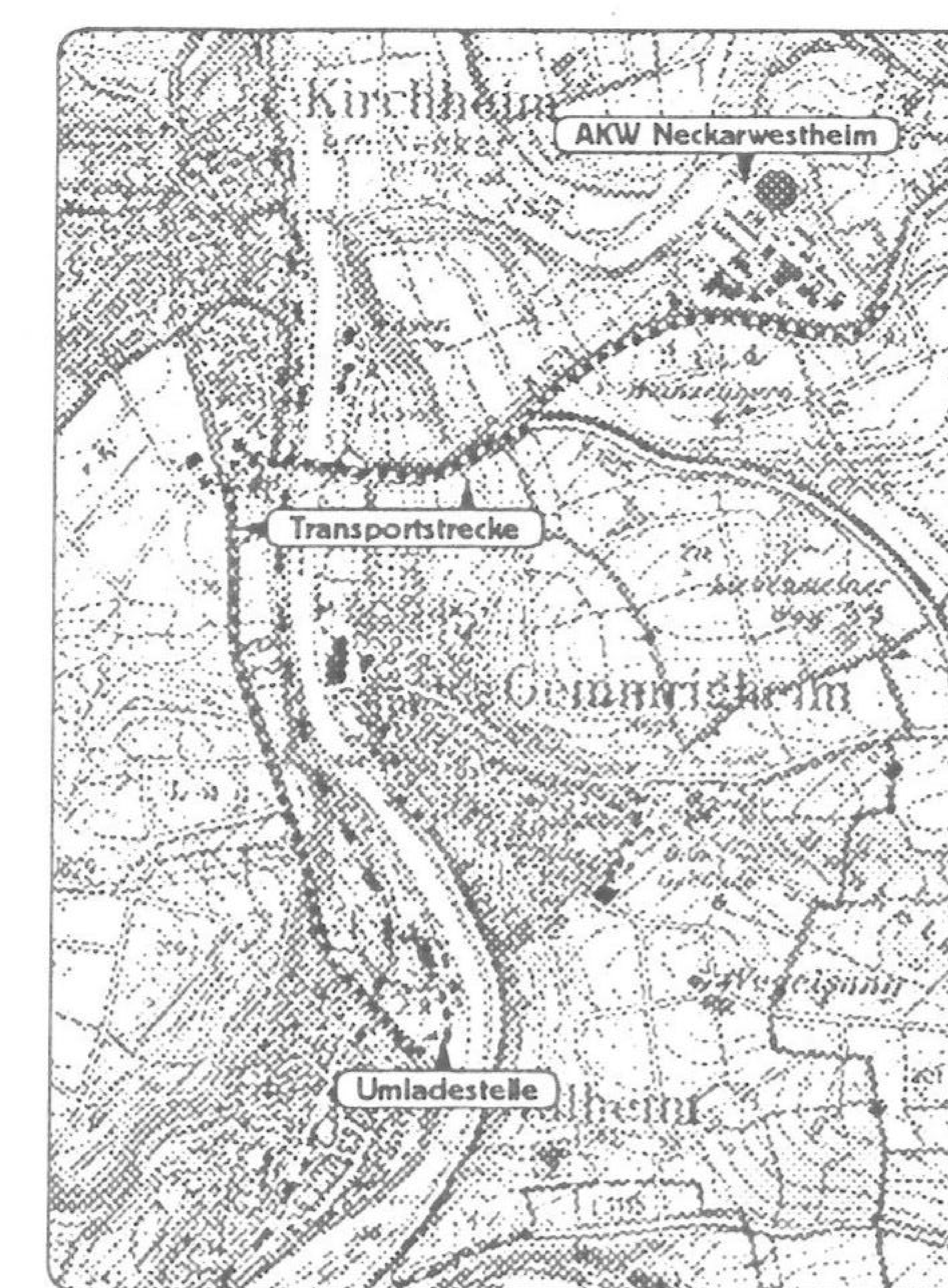
Die Auftaktkundgebung findet am Wochenende vor dem Transport in der Region Neckarwestheim statt, danach werden die Camps bezogen.

Kommunikation und Büro

Neben der oben für beide Orte beschriebenen Kommunikationsstruktur wird es noch zusätzlich einen Info-Bus am Bahnhof in Kirchheim/Neckar geben. Das Büro des Aktionsbündnisses ist in Ludwigsburg, d.h. ungefähr 25 km von Neckarwestheim entfernt. Dort befindet sich auch das Info-Telefon/Telefax: (0 71 41) 90 33 63.

Die Örtlichkeiten bei Neckarwestheim

Das AKW liegt nahe bei Neckarwestheim und hat **keinen** Bahnanschluß. Deshalb werden die CASTOREN per Straßentransport ins ca. 5 km entfernte Kohlekraftwerk bei Walheim gebracht. Hier werden sie auf die Schiene verladen. Der Gleisanschluß des Kohlekraftwerks vom Tor bis zum DB-Schienennetz ist nur 50 m lang, dann kommt bereits das öffentliche Bahngleis der vielbefahrenen Hauptstrecke zwischen Heilbronn und Stuttgart. Die Castor-Tieflader müssen nach etwa der Hälfte der Straßenstrecke den Neckar bei Kirchheim/Neckar auf einer Brücke überqueren, die während des Transports für jeglichen öffentlichen Verkehr gesperrt ist. Die Straßentransportstrecke hat zwei Steigungen (ca. 8%) und führt durch Weinberge. Für Bahnreisende: der nächstgelegene Bahnhof zu Neckarwestheim ist Kirchheim/Neckar.



Organisatorisches speziell für Ahaus

X minus

Die Auftaktkundgebung findet am Samstag vor dem Transport in Münster statt, danach Bezug der Camps.

Camps

Bislang sind sechs plus ein Kinder-Camp fest eingeplant, deren Standorte sich noch kurzfristig ändern können. Auf jeden Fall gibt es ein Camp gegenüber dem Atommüllager. Wer überlegt, mit Kindern zu kommen, sollte sich nach Möglichkeit vorher anmelden. Dann kann die Gruppe, die das Kinder-Camp vort ereitet, den Bedarf besser einplanen.

Kommunikation

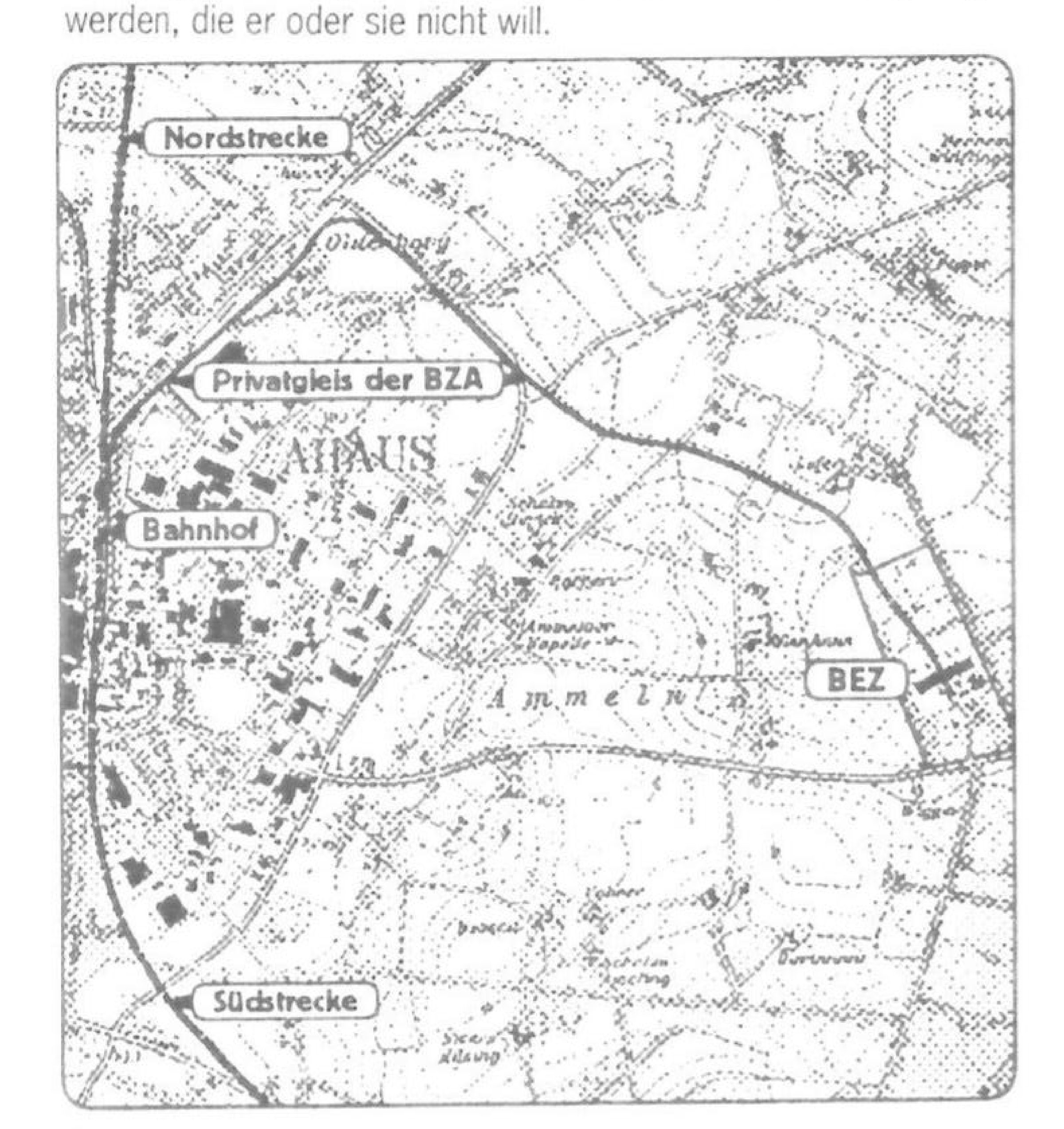
Hier die Nummer des Info-Telefones: (0 25 61) 96 17 99.

Büro

Es gibt in Ahaus das Büro der BI. Es befindet sich in der Bahnhofstraße 51 (ungefähr auf halbem Weg zwischen Bahnhof und Fußgängerlnnenzone).

Auf die Gleise

Drei Strecken gibt es, auf denen sich der Widerstand um Ahaus konzentrieren wird. Zum einen gibt es ein 4,5 km langes Privatgleis der „Zwischenlager"-Betreiberlnnengesellschaft vom Ahauser Bahnhof bis zum Atommüllager. Bis nach Ahaus gibt es zwei alternative Strecken. Entweder rollt der Transport über die Nordstrecke Münster-Gronau-Ahaus oder über die Südstrecke Coesfeld-Legden-Ahaus. Für beide Fälle müssen wir uns vorbereiten. Es wird keine Spaltung in „gewaltfreie" und „nicht-gewaltfreie" Abschnitte geben, aber Teilstücke, die bestimmten Aktionen vorbehalten sind. JedeR ist dazu aufgefordert, sich an allen Aktionen zu beteiligen, solange er oder sie das Konzept der jeweiligen Aktion achtet und sich an abgesprochene Vorgaben hält. Niemand darf gegen seinen/ihren Willen in Aktionsformen hineingezogen werden, die er oder sie nicht will.



Kontakte:

BI Kein Atommüll in Ahaus
Postfach 1165, 48661 Ahaus,
Tel. (02561) 96 17 91, Fax (0 25 61) 96 17 92.

INFAM
Postfach 1632, 48666 Ahaus, Tel./Fax (0 25 66) 9 63 94.

UWGjugend
Postfach 1313, 48666 Ahaus, Tel. (0 25 61) 4 19 93,
Fax (0 25 61) 4 07 13, E-mail: UWGjugend@aol.com.

WigA
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststraße 57, 48151 Münster,
Tel. (02 51) 52 11 12, (Do 20.00-22.00 Uhr),
Fax (02 51) 53 15 59.

EA Ahaus
c/o Umweltzentrum, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster,
Tel. (02 51) 52 11 12 (Mi 16.00-19.00 Uhr),
Fax (02 51) 53 15 59 (am Tag NIX eventuell andere Tel.-Nr.).

Aktionsbündnis CASTOR-Widerstand Neckarwestheim
c/o Demo Z, Wilhelmstr. 45/1, 71638 Ludwigsburg,
Tel./Fax (0 71 41) 90 33 63 (Mi 17.00-19.00 Uhr,
ab Mitte Februar erweiterte Bürozeiten, durchgehend besetzt).

EA Neckarwestheim
c/o Rote Hilfe, Postfach 2204, 74012 Heilbronn,
Tel. (0 71 31) 96 26 27.

Anti-Atom Treffen Ruhrgebiet/Bergisches Land
Post: c/o Initiative Bhf Langendreer e.V., Walbaumweg 108,
44894 Bochum, Tel. (02 34) 7 00 23 13, 9 23 09 30,
Fax (02 34) 9 23 09 31, E-mail: akw.nee@pronetics.de.

Spenden-Konto Ahaus:
Kooperative e.V., Kreissparkasse Borken,
Konto-Nr. 59098897 (BLZ 428 513 10).

Spenden-Konto Neckarwestheim:
Demokratisches Zentrum, Volksbank Ludwigsburg,
Konto-Nr. 244740011 (BLZ 604 901 50), Stichwort: Anti-AKW.

Internet:
http:\\www.oneworldweb.de/castor/welcome.html

Termine:

Jeden 1. Sonntag im Monat — Sonntagsspaziergang in Neckarwestheim.
Jeden 3. Sonntag im Monat — Sonntagsspaziergang in Ahaus um 14 Uhr.

Es rufen auf:

Gruppen des Delegiertentreffens Ahaus und
Gruppen des Aktionsbündnisses CASTOR-Widerstand Neckarwestheim.

Mit Wut und Witz gegen jeden CASTOR-Transport, bis zur Stillegung aller Atomanlagen!

Unterstützerlnnen:
ABW Rheine • Aktionsbündnis Castor-Widerstand Neckarwestheim • Anti-Atom-Bündnis Süd-West (Gruppen aus den Städten Frankfurt, Mainz, Karlsruhe, Cochem, Bitburg, Trier, Losheim, Saarbrücken) • Anti-AKW-Gruppe Lüdenscheid • Anti-Atom-Plenum des Autonomen Zentrums Mülheim/Ruhr • Anti-Atom-Plenum, Bochum • Anti-Atom-Plenum, Minden • Anti-Atom-Plenum, Wuppertal • Antifa Recklinghausen • Anti-Atom-Treffen Ruhrgebiet/Bergisches Land • Aktionsgruppe Oldenburgisches Münsterland • Bündnis 90/Die Grünen Bochum • Bürgerlnneninitiative Castor Stoppen (BICS), Paderborn • Bremer Bürgerlnneninitiativen gegen Atomkraft (BBA) • Friedensinitiative Nottuln • IDAS – Motorradfahrerlnnen gegen Atomenergie • Initiativen für ein atomfreies Münsterland (InfaM), Ahaus • Jungdemokratlnnen/Junge Linke NRW • Kooperative e.V., Ahaus • „Kölner Gegenstrom" – Aktionsbündnis gegen Atomanlagen • Münsteraner Bündnis für den Ausstieg aus der Atomenergie • Naturfreundejugend Landesverband Westfalen • „Nix GEht mehr", Gelsenkirchen • Oldenburgerlnnen gegen Atomkraft (Olga) • Öffentliches Anti-AKW-Plenum, Dortmund • PDS Rheinland Pfalz • Soester Aktionsgemeinschaft gegen Atomkraft (SAgA) • Stadtteilbüro „Zeche Carl", Essen • „Steinfurter Bürgerlnnenprotest" • Steinfurter Aktionsbündnis gegen Atomanlagen • UWGjugend, Ahaus • Widerstand gegen Atomanlagen (WigA), Münster.

V.i.S.d.P.: INFAM, Postfach 1632, 48666 Ahaus.

Piratensender kaperte Hundert,6
Radio-Hetze gegen Innensenator
9.24 Uhr lief die Rufmord-Meldung:
„Schönbohm bei Heroin-übergabe erschossen"

Ätsch.

Auch wir haben uns mit den zur Verfügung stehenden Möglichkeiten in den Konflikt um zwei äußerst unbeliebte Politiker eingemischt. Die überwiegend positiven Reaktionen sind Ansporn für unsere weiteren Tätigkeiten.
Berlin bleibt dreckig.

Auf Wiederhören.

Störsender bei 100,6 verbreitet Falschmeldungen

Innensenator Schönbohm und Landowsky verunglimpft

Berlin: Terror-Sender hetzt gegen Politiker

Radio-Piraten verleumden Schönbohm und Landowsky als Drogenhändler

Von OLAF WEDEKIND

Berlin – Ein Störsender funkt Verleumdungen. Radio-Piraten funkten gegen „Radio Hundert,6". Um 9.24 Uhr wurde gestern plötzlich das Programm unterbrochen – mitten in einem Beitrag über „Kaiser's Frischeservice". Unbekannte verlasen eine getürkte Meldung gegen Berlins CDU-Innensenator Jörg Schönbohm und CDU-Fraktionschef Klaus Landowsky.

O-Ton der Funkpiraten (eine Frauen- und eine Männerstimme): „Heute morgen gegen 6.30 Uhr wurde der Berliner Innensenator Jörg Schönbohm bei der Übergabe von 2 Kilo Heroin an Kuriere eines internationalen Drogenkartells in der Nähe seines Wohnsitzes durch Beamte des Bundeskriminalamtes BKA erschossen. Laut Erklärung des BKA versuchte Herr Schönbohm sich seiner Festnahme mit gezogener Dienstwaffe zu widersetzen. Weiterhin teilte das BKA mit, daß der Innensenator aufgrund dringenden Tatverdachts bereits seit elf Monaten durch gerichtlichen Beschluß observiert worden sei. Unbestätigten Meldungen zufolge soll Klaus-Rüdiger Landowsky, Fraktionsvorsitzender der Berliner CDU im Abgeordnetenhaus, ebenfalls in diesen Drogenskandal verwikkelt sein. Wir werden Sie informieren, sobald neue Erkenntnisse vorliegen."

Hundert,6-Chef Georg Gafron ist entsetzt: „Ein Zeichen erbärmlicher Niedertracht und absolut verkommener und menschenverachtender Gesinnung."

Gafron zählt die Störenfriede „eindeutig zur linken Szene". Daß diese ihm gestern auf den Sender gehen konnten, war nur mit großem technischen Aufwand möglich. Die selbst gebaute Ukw-Anlage (Kosten: rund 150 000 Mark) muß ganz schön Power haben, um die von Hundert,6 (Leistung: 10 Kilowatt) überlagern zu können.

Experten gehen davon aus, daß von der Störung nur ein begrenztes Gebiet in den Bezirken Mitte und Tiergarten betroffen war. Der Staatsschutz ermittelt.

Der Info-Sender war immer wieder das Ziel von Angriffen: ● Im Herbst 1989 störte die Stasi mit einem Störsender vom Fernsehturm aus die Nachrichten. ● Im September 1993 verübten Unbekannte Brandanschläge auf Ü-Wagen kurz vor der Olympia-Entscheidung in Monte Carlo. ● Im März 1997 funkten Anhänger einer Frauenbewegung dazwischen, forderten die „Kastration von Führungskräften". ● Zuletzt: Bei einer Studenten-Demo wurden die Reifen eines Radio-Fahrzeugs zerstochen.

Jetzt fordert Gafron von der Telekom technische Gegenmaßnahmen. Denn: „Sowas ist imageschädigend."

17. Januar 1998

Aktuelle Ereignisse in der Brunnenstr. 6/7

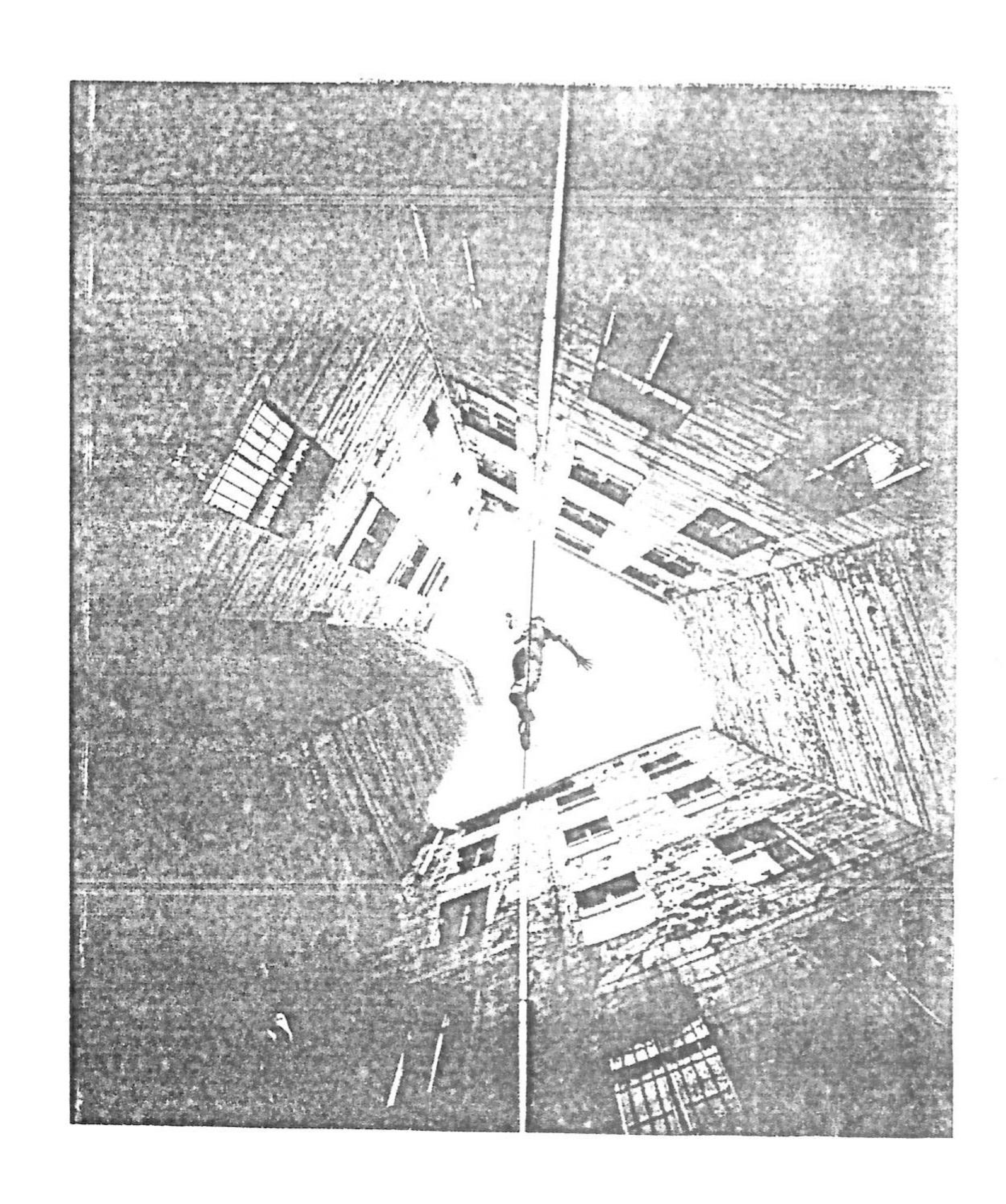
Wir, ein Großteil der BewohnerInnen der Brunnenstr.6/7, haben am vergangenen Samstag (24.1.98) ein Hausverbot gegen vier Bewohner eines Flügels durchgesetzt. Diese vier hatten sich zum Teil seit Jahren und zum Teil seit dem Sommer Gewalttätigkeiten, Drohungen, sexistische Sprüche etc. geleistet, die wir hier nicht länger dulden konnten und wollten. Wo es anderswo selbstverständlich ist, daß solche Leute Hausverbot bekommen, hatten wir sehr lange darüber diskutiert; u.a. anderem deshalb, weil sie in einem Flügel zusammen mit anderen Leuten gewohnt haben, die ihre Taten z.T. gedeckt und sich in konkreten Situationen nicht verhalten haben. Ihre MitbewohnerInnen hatten außerdem angekündigt, die vier Männer bei einem Rausschmiß unsererseits zu verteidigen und ihnen die Tür zu öffnen. Deshalb hatten wir ursprünglich keine andere Lösung gesehen, als die vier zusammen mit ihren MitbewohnerInnen rauszuschmeißen. Das haben wir jetzt nicht getan. Die MitbewohnerInnen der vier hatten außerdem bei diversen Verhandlungsgesprächen im Vorfeld angekündigt, im April sowieso aus der Brunnenstraße ausziehen zu wollen und darum gebeten, bis dahin hier wohnen bleiben zu können. Obwohl es zweifellos die schwierigere Lösung ist, haben wir uns entschieden, nur die vier Männer rauszuwerfen.

Das ist mittlerweile eine Woche her und wir sehen uns seither nicht nur mit zahlreichen gewalttätigen Angriffen und Drohungen, sondern auch mit den absurdesten Gerüchten konfrontiert. Dieses Flugblatt soll dazu dienen, diese Gerüchte aufzuklären, den genauen Ablauf und die Vorfälle der Woche darzustellen und alle Interessierten aufzufordern, hierher zu kommen und sich zu informieren.

Der Ablauf am Samstag

Als wir am Samstag in den betreffenden Flügel kamen, trafen wir von den vier Männern, die wir rausschmeißen wollten, keinen einzigen an. Im ganzen Haus waren lediglich vier Leute. Diesen vier Leuten wurde gesagt, daß sich unsere Aktion nicht gegen sie richte, daß sie im Komplex bis April wohnen bleiben könnten und daß wir uns später mit ihnen zusammensetzen wollten, um unser künftiges Zusammenleben zu besprechen. Alle vier waren einverstanden. Es kam zu keinerlei Gewaltandrohungen oder -tätigkeiten weder von uns noch von Seiten der vier Angetroffenen. Bei dem späteren Gespräch haben wir ihnen zwei Wohnmöglichkeiten angeboten. Sie haben sich für zwei zusammenhängende Wohnungen mit separatem Eingang entschieden und sind dort eingezogen.

Zeitgleich wurde unser Hoftor geschlossen und eine Torwache eingerichtet, um zu verhindern, daß die vier Männer mit Komplexverbot hereinkämen. Schon nach kurzer Zeit kam es allerdings von allen Seiten zu gewalttätigen Angriffen, an denen die vier Rausgeworfenen sowie einzelne BewohnerInnen des Querhauses und zahlreiche UnterstützerInnen von deren Seite beteiligt waren. U.a. wurde unsere Wache vom Park aus wiederholt mit Backsteinen und Flaschen beworfen und mit Pyros beschossen. Am frühen Abend stellten einige Leute eine Baustellen-Gasflasche von außen an unser Tor und zündete diese an. Unbeteiligte BewohnerInnen des Vorderhauses mußten evakuiert werden, weil das Feuer drohte, auf das Vorderhaus überzugehen. Laut Feuerwehr war es ein Wunder, daß die Gasflasche nicht explodiert ist und das Vorderhaus in die Luft geflogen ist. Die Ausmaße wären dementsprechend gewesen.
Trotzdem führte dies nicht zu einem Herunterschrauben der Eskalation auf der Seite unserer GegnerInnen; die ganze Nacht kam es immer wieder zu Steinwürfen. Leute wurden mit Zwillen beschossen und unsere Wachen aus dem Querhaus mit Böllern beworfen. Ein Besucher von uns wurde im Park verprügelt und ein anderer konnte davonrennen.



Heute, eine Woche nach der Aktion, sind die Angriffe auf unser Haus weniger geworden. Dafür werden einzelne von uns von einzelnen Querhaus-BewohnerInnen massiv bedroht. Drei Frauen und ein Mann wurden inzwischen körperlich angegriffen, teils von Leuten aus dem Komplex (B-Flügel und Q-Haus), teils von Leuten von außerhalb. Wir haben uns bisher vieles gefallen lassen.
Den fünf BewohnerInnen des Q-Hauses, die gegen den Rausschmiß waren, und den verbliebenen B-Flügel-BewohnerInnen wurde ein großes Maß an Wut und Empörung zugestanden. Wir haben bisher vieles hingenommen, von blöden Sprüchen, sexistischen Beleidigungen bis zu Drohungen, in der Hoffnung, ihnen durch unser Verhalten zu vermitteln, daß wir keine Konfrontation mit ihnen wollen. Fakt ist, daß das aggressive Verhalten einzelner Q-Haus-BewohnerInnen weitergeht und sie bisher jeglichen Vermittlungsangeboten ab-ehnend gegenüber stehen. Wider besseres Wissen streuen sie das Gerücht, daß wir auch sie aus ihrem Haus werfen wollen. Durch Gerüchte und Drohungen von Seiten einzelner Q-Haus-BewohnerInnen wird die Stimmung angeheizt und die Gewaltspirale hochgedreht. Dies beinhaltet auch das Zerstören unserer Schutzvorkehrungen zur Sicherheit der restlichen BewohnerInnen, um das Eindringen der hinausgeworfenen Männer und deren UnterstützerInnen zu verhindern.

Gerüchte und Richtigstellungen

- Das gängige Klischee, das unsrer Aktion übergestülpt wird, heißt: Autonome gegen Punks. Von den vier Rausgeflogenen kann, wenn überhaupt nur einer als Punk bezeichnet werden. Punks wohnen nach wie vor im B-Flügel. Die vier Männer wurden aufgrund konkreter Vorfälle rausgeworfen, nicht wegen ihrer Frisur, Haarfarbe, Kleidung oder sozialer Unterschiede.
- Es wird behauptet, wir hätten jugendliche Trebegänger mitten im Winter auf die Straße gesetzt. Fakt ist, daß es sich um vier erwachsene Männer handelt, die seit dem Spätsommer wissen, daß sie ausziehen sollen. Daß die Aktion nun im Winter stattfinden mußte, lag an deren fehlender Kooperationsbereitschaft. Drei der vier hatten schon seit Wochen jeweils eine Wohnung, in die sie aus Trotz gegenüber unserer Auszugsforderung nicht einziehen wollten. Jetzt wohnen sie dort. Der vierte ist bei seiner Schwester untergekommen.
- Es wird behauptet, wir hätten unverhältnismäßig Gewalt angewendet und würden erst aufhören, wenn wir allen Punks in Mitte die Beine gebrochen haben. Die Richtigstellung dazu erübrigt sich hoffentlich spätestens nach dem oben geschriebenen.
- Es wird behauptet, wir würden mit den Bullen zusammenarbeiten. Fakt ist, daß die Bullenwache 100 Meter weiter ist und es kein Wunder ist, daß die ein oder andere Wanne vor unserer Tür parkt, wenn hier Steine und Pyros durch die Luft fliegen. Wir arbeiten nicht mit den Bullen zusammen. Klar ist, wir rufen die Bullen grundsätzlich nicht, außer in absolut lebensbedrohlichen Situationen.
- Es wird behauptet, wir würden plündern. Fakt ist, daß wir die Sachen der Rausgeworfenen komplett in Kisten gepackt und diese ihnen übergeben haben. Die anderen durften in Ruhe umziehen und konnten alles mitnehmen, was sie wollten. Trotzdem ist jede Menge Gerümpel im B-Flügel geblieben, das wir jetzt seit Tagen aufräumen. Noch immer besteht die Möglichkeit für Leute, die noch Sachen im B-Flügel haben, diese rauszuholen.

Es gibt sicher noch jede Menge neuer Gerüchte, die wir noch nicht gehört haben und deshalb auch nicht richtigstellen können. So eine Stimmungsmache ist gefährlich, sie heizt die Gewalt an, die schon jetzt gegen uns ausgeübt wird. Unsere Tür ist offen für alle, die interessiert sind, sich informieren, uns unterstützen, kritisch nachfragen, hier Vokü oder Wachen machen und vermitteln wollen. Wir sind hier genauso ansprechbar wie diejenigen, die die Aktion kritisieren.

Verzichtet auf die Gerüchteküche!
Kommt her und informiert Euch selbst!

Kommt zur Vokü jeden Tag ab 19 Uhr!

Samstag, 31. Januar 19 Uhr ak-kraak „stop the madness" und Infos

Ein Großteil der BewohnerInnen der Brunnenstraße 6 und 7 — *Freitag, 30.1.98*

Der Ermittlungsausschuß informiert:

Im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Kaisers Supermarktfiliale am 03.10.1997 wurden am Dienstag den 27.1.98 mehrere Leute als ZeugInnen zum Staatsanwalt Feuerberg in die Räume des Staatsschutzes am Platz der Luftbrücke geladen. Feuerberg ist der zuständige Sachbearbeiter der Abteilung 81 der Berliner Staatsanwaltschaft, die wiederum die Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf Kaisers leitet. Diese Abteilung ist u.a. "spezialisiert" auf Landfriedensbruch etc.
Die betroffenen ZeugInnen waren am 3.10.97 in der Nähe des Tatortes in eine Personenkontrolle geraten, wie so viele andere an diesem Abend auch.
Der Ladung zur Staatsanwaltschaft ist, wie sonst üblich, keine Ladung zu den Bullen vorausgegangen. Die Betroffenen sind alle zum Termin erschienen, vier hatten einen Anwalt dabei.

Kurz zum Ablauf:
Der Anwalt wurde sofort von Feuerberg zu einem 4-Augen-Gespräch geholt, in dem Feuerberg ihm mitteilte, daß er ihn auf keinen Fall bei der Zeugenvernehmung als Zeugenbeistand zulassen wird. Der Anwalt konnte deswegen tatsächlich nicht bei der Vernehmung dabeisein. Er hat mittlerweile gegen Feuerberg eine Dienstaufsichtbeschwerde gemacht.
Die Betroffenen sind dann mehrere Stunden parallel von Staatsschutzbullen und Feuerberg einzeln vernommen worden. Alle hatten aufgrund der Fragen das Gefühl, als Beschuldigte und nicht als ZeugInnen vernommen zu werden. Die Bullen hatten seitenlange Fragenkataloge vor sich, die über den Kaisers Brandanschlag weit hinaus reichten. Zum Beispiel wurden die Leute auch zu Saalfeld befragt. Der Gipfel war, daß es eine Gegenüberstellung eines Zeugen durch eine verspiegelte Scheibe gab. Die anderen wurden aus den Vernehmungszimmern geholt und durch einen Flur geführt, an dessen Ende sechs Personen (wahrscheinlich Bullen, auf jeden Fall zwei Zivilbullen) standen. Im Nachhinein hatten alle das Gefühl, daß es sich auch bei dieser Aktion der Bullen um eine Gegenüberstellung handelte.
Zu Art und Umfang der gemachten Aussagen können sich nur die Betroffenen selber äußern.

Uns ist es in diesem Zusammenhang wichtig, euch davor zu warnen, mit solchen Vorladungen lässig umzugehen. Zu staatsanwaltschaftlichen Vorladungen muß mensch gehen, aber ihr solltet nicht unterschätzen, daß ihr es in solchen Zwangssituationen mit Profis zu tun habt.
Auch im eben beschriebenen Fall wurden wieder etliche Tricks angewandt (z.B. Vorhaltungen von anderen Zeugenaussagen - fingiert oder nicht -, blinde Gegenüberstellungen, persönliches Gelaber der Bullen - gespickt mit direkten Fragen zur Tat -, unvermittelte Fragen zu völlig anderen Tatkomplexen ...).
Sowas verunsichert und bringt mensch aus dem Konzept. Auch wenn mensch vorher das Gefühl hatte, völlig unvoreingenommen ehrliche Antworten geben zu können, ist spätestens dann ein Punkt erreicht, wo sich die Frage stellt: "willl ich dazu noch was sagen oder nicht". In solchen Konfrontationen klar und selbstbestimmt zu bleiben, setzt viel Stärke und Souveränität voraus, die wir eben meistens in bedrohlichen Situationen nicht durchhalten können.
Die einzige Alternative ist immer noch, die Aussage komplett zu verweigern und damit leider zumindest ein Ordnungsgeld (bis zu 1000,00 Mack) und im schlimmsten Fall Beugehaft (bis zu 6 Monaten) zu riskieren.
Ihr solltet dabei im Auge behalten, daß diesen Zwangsmitteln ein längerer Weg vorausgeht, das heißt, ihr werdet nicht bei der ersten Aussageverweigerung in Beugehaft genommen. Dem muß immer ein Antrag der Staatsanwaltschaft beim Richter vorausgehen und ihr habt solange erstmal Zeit, euch mit anderen darüber auseinanderzusetzen, ob ihr die Konsequenzen eurer Aussageverweigerung bis zum Schluß aushaltet oder eure Haltung verändern wollt.
Uns sind bisher nur Beugehaftverhängungen bekannt, die mit einem 129a-Verfahren zusammenhängen. Wir können die Möglichkeit, wegen einer Aussageverweigerung z.B. bei einem Landfriedensbruchverfahren in Beugehaft zu kommen, nicht wegreden, es erscheint uns jedoch sehr unwahrscheinlich.
Vorteil der Aussageverweigerung ist, daß mensch sich nicht gleich beim ersten Verhör verstrickt, Sachen sagt, die mensch später nicht mehr zurücknehmen kann und mit einem Gefühl der totalen Überrumpelung aus dem Verhör rausgeht. Eine grundsätzliche Aussageverweigerung ist "einfacher" durchzuhalten, als sich bei jeder Frage schnell entscheiden zu müssen: "kann ich die Frage

beantworten ohne mich und/oder andere zu gefährden oder nicht". Unterschätzt nicht den Schaden, den ihr durch gemachte Aussagen in euren eigenen Strukturen anrichten könnt.

Was uns selber im Zusammenhang mit der oben beschriebenen Situation erschrocken hat, ist die Nichtzulassung des Anwalts als Zeugenbeistand. Wir haben bisher immer so beraten, daß ihr unbedingt in solche Verhöre nur mit AnwältInnen geht, weil diese die Möglichkeit haben, Fragen, die nicht zum Sachverhalt gehören sofort zurückzuweisen und ihr mit ihnen nach jeder gestellten Frage den Raum kurz verlassen könnt, um euch mit zu beraten. Überhaupt denken wir, daß AnwältInnen in solchen Situationen eher den Überblick behalten und euch das ein bißchen von der Anspannung nehmen kann.
Anscheinend ist es aber leider so, daß es - entgegen der bisherigen Auffassung der AnwältInnen und von uns -, kein Recht auf den Zeugenbeistand gibt und es deswegen in der Entscheidungmacht des zuständigen Staatsanwaltes liegt, ob er AnwältInnen zuläßt oder wie oben geschehen eben nicht. Zu hoffen bleibt, daß die Dienstaussichtsbeschwerde gegen Feuerberg eine Wiederholung der von ihm durchgeführten Praxis verhindert.

Zum Schluß bitten wir euch dringendst zu uns zu kommen, wenn ihr eine Zeugenvorladung zur Staatsanwaltschaft (egal in was für einem Verfahren) bekommt.

Nach wie vor bleibt es dabei: zu Bullen gehen wir nicht und mit denen reden wir auch nicht!

Die EA'lerInnen

Beratung: Di 20-22 Uhr im Mehringhof, Gneisenaustr. 2 a, Tel: 69 22222
Ach ja, wenn wir schon dabei sind: Wir brauchen immer noch euer Geld:
Sonderkonto Klaus Schmidt, Postbank Berlin, BLZ 10010010, KontoNr.20610106

2. KIEZBUMMEL GEGEN SCHÖNBLÖDE INNENPOLITIK

Trotz massiver Vorkontrollen und 6 Grad minus kamen auf den Kreuzberger Kiezbummel mit fast tausend Menschen mehr als doppelt so viele wie auf den Autonomen Weihnachtsbummel , um Schönblöd und seinem Repressionsapparat in die Suppe zu kotzen...
Während der Vorkontrollen , die schon zwei Stunden vor der Demo mit Verkehrskontrollen auf allen Zufahrtsstraßen zum Schlesischen Tor begannen , wurden unter anderen Metalldetektoren eingesetzt und zwei Personen vorläufig festgenommen !

DENNOCH WAR DIE STIMMUNG GUT

es wurden viele , wenn auch nicht gerade neue Parolen gerufen und immer mehr KiezbewohnerInnen schlossen sich uns an .
Nur Jörg Schönblöd traute sich nicht unserer Einladung zu einer „öffentlichen kontroversen" Diskussion auf dem Heinrichplatz zu folgen.
Statt dessen feierten wir beim Abschlußkonzert mit halb Neun / Hasret / Tod und Mordschlag genauso wie sich Schönblöd , Kanther und KonsortInnen sich Ihre Hauptstadt NICHT vorstellen :

LAUT DRECKIG RADIKAL INTERNATIONAL

FÜR EINE BREITE KAMPAGNE
WEG MIT DEM PRINZIP SCHÖNBOHM

Kommt alle zum näxten Kiezbummel gegen Schönblöde Innenpolitik (event. März / April in P'Berg) und zur Solikiezdisco inna Köpi am 21.02.98.

BUNDESWEITE DEMONSTRATION GEGEN

VERKANTHERTE INNENPOLITIK -
STAATLICHE REPRESSION

am 3. Mai in Berlin



1. Mai

Zusammen kämpfen!

Heraus zum revolutionären 1. Mai!

Natürlich gibt es auch dieses Jahr wieder eine 1.Mai Demo. Verändert hat sich seit dem letzten Jahr nicht besonders viel: Die bestehenden Verhältnisse sind die alten, die Durchkapitalisierung der Welt nimmt ihren Lauf und der Sozialstaat wird weiterhin zugunsten der nationalen Standortoptimierung abgebaut. Das ist die praktische Durchsetzung des neoliberalen Einheitsprogramms von Grün bis CSU.
Diejenigen, die seit jeher im bürgerlichen Denken zu Außenseitern stigmatisiert werden, trifft es am härtesten. Arbeitslose, Kranke, Alte oder wie auch immer Bedürftige werden zu Sozialschmarotzern erlärt, die an ihrer ökonomischen Situation selbst Schuld seien. Die „Vollkaskomentalität" (Roman Herzog) müsse abgelegt werden. An dessen Stelle solle Flexibilität und Eigeninitiative treten, was für immer mehr Menschen immer mehr Ausbeutung, Ausgrenzung und Armut bedeutet.
Flankiert wird der nationale Ausbau durch die rassistische Abschiebepolitik von Kanther und Co. Selbst das Kirchenasyl hält die von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptierte Abschiebemaschinerie nicht auf. Mit dem Schlagwort der bedrohten „inneren Sicherheit" rückt die Gesellschaft von Schröder bis Schäuble, von Spiegel bis Bild rasant nach rechts. „Null Toleranz" gegen Marginalisierte ist heute auch Wahlkampflosung der SPD. Und daß es sich hier nicht nur um populistischen Verbalradikalismus handelt, beweist unter anderem Innesenator Schönbohm in Berlin: Jagd auf vietnamesische Zigarettenhändler, Vertreibung von Drogenabhängigen, Obdachlosen und Bettlern aus den Innenstädten, Räumung von Wagenburgen und besetzten Häusern, Kriminalisierung jeglichen Widerstands...
So wie es ist, bleibt es nicht! An den verschiedensten Ecken und Enden der Gesellschaft regt sich Protest.
Es gilt dieses Jahr wieder, den 1. Mai zu nutzen, um linksradikale, revolutionäre Ansätze in ihrer ganzen Breite auf die Straße zu tragen, für viele wahrnehmbar zu machen und mehr Menschen zum Widerstand zu ermutigen.

1.Mai 1998 - Rosa-Luxemburg-Platz!
In den letzten Jahren kamen jeweils über 10 000 Menschen, um sich an dieser Demo zu beteiligen. Der 1.Mai ab Rosa-Luxemburg -Platz steht seit zwei Jahren für ein breit getragenes, linksradikales Bünids unterschiedlichster Gruppierungen. Darunter vor allem Leute aus dem Anti-Atom-Spektrum und der Häuserbewegung, Antifas und anarchistische sowie auch kommunistischen Gruppen.

Ziel muß sein, ein möglichst breites linksradikales Spektrum an diesem Tag auf die Straße zu bringen. Dafür ist es sinnvoll, wieder ein Blockkonzept wie im vorletzten Jahr anzustreben. Es garantiert eine gemeinsame Demonstration, auch wenn die einzelnen Gruppen mit unterschiedlichen Themen und Schwerpunkten an die Öffentlichkeit treten wollen. Mögliche Blöcke wären Sozialrevolutionärer, Antifa-, Häuser-, Frauen-Lesben-, ImmigrantInnen-,Schwulen-, Anti-Atom-Block usw.

Der 1.Mai ist die Angelegenheit aller linken Gruppen und Organisationen, für die dieser Tag eine revolutionäre Bedeutung hat.
Natürlich gibt es keine einheitliche Linke, aber die Ausgrenzung einzelner politischer Gruppen oder Strömungen kann für uns nicht die Lösung des Problems sein.
An diesem Tag sollte es darum gehen, trotz aller Unterschiede auf unserer gemeinsamen Grundlage, nämlich dem Willen zur Umwälzung der bestehenden kapitalistischen, rassistischen und patriachalen Verhältnisse zu demonstrieren. Da die einzelnen sich beteiligenden Gruppen unterschiedliche politische Ansätze und Analysen haben, halten wir es für sinnvoll, daß die verschiedenen Strömungen im Vorfeld durch eigene Aufrufe und auf der Demo durch Form und Ausdruck je eigene Akzente setzen. Auf diese Weise kann auch eine für notwendig befundene Abgrenzung zu einer anderen Strömung realisiert werden. Eine innerlinke Diskussion mit dem Ziel, die verschiedenen linken Positionen im Vorlauf der Demo zu klären wird auch in diesem Jahr kaum möglich sein. Denn inhaltliche Diskussionen sind unserer Ansicht nach nur in einem kontinuierlichen Rahmen möglich. Diesen kann die 1.Mai-Vorbereitung nicht bieten.

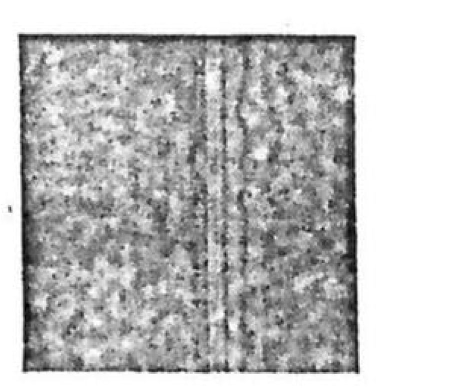
Unsere Einladung richten wir an alle linksradikalen, revolutionären Gruppen. Wir fordern hiermit auch alle andern Gruppen auf, weitere ihnen bekannten Gruppen anzusprechen und einzuladen.

Für einen gemeinsamen und revolutionären 1.Mai!

Erstes Treffen für Gruppendelegierte:
Sonntag, 15. Februar, 19 Uhr im Mehringhof (Versammlungsraum), Gneisenaustr. 2A

Antifaschistische Aktion Berlin
Engeldamm 68, 10179 Berlin.

DAS GESTERN IM HEUTE BEGREIFEN!



Gemeinsam gegen Faschismus !

Situationsbeschreibung und Konzept für eine antifaschistische Demostration am 08.02.1998 in Magdeburg

Am 3. Januar überfielen Nazi-Skinheads im Magdeburger Stadtteil Cracau eine Gruppe Punks in ihrer Wohnung. Bei diesem geplanten Überfall wurde der 23jährige Gordon Gafert lebensgefährlich verletzt. Ziel des Überfalls war Peter Böttcher, Bruder des im Februar 1997 von rechten Jugendlichen ermordeten Frank Böttcher. Nur kurze Zeit später gab es erneute Angriffe von Nazis auf Punks. Dabei wurde ein 19jähriger durch einen Gaspistolenschuß im Gesicht verletzt und eine 18jährige so vom Fahrrad gezerrt, daß sie erhebliche Gesichtsverletzungen davontrug und einige Tage künstlich ernährt werden mußte.
Diese Überfälle sind nur Beispiele aus einer seit Anfang der 90er Jahre zu keinem Zeitpunkt unterbrochenen Kette rechter Gewalt in Magdeburg. Erinnert sei hier nur an die Ermordung Torsten Lamprechts 1992 und die stundenlange Jagd auf ausländische Menschen am „Vatertag" im Jahr 1994. Nach wie vor existiert vor allem in den Neubaugebieten Magdeburgs eine rechte Subkultur, die im Jugendbereich über eine soziale und kommunikative Hegemonie verfügt. Diese realisiert sich vorallem durch die Präsenz von rechten Jugendlichen und Nazi-Skins auf der Straße, in Schulen und Jugendclubs. Dabei herrscht eine eher informelle Struktur der Cliquen und Gruppen vor, selten sind organisatorische Ansätze zu finden.

Die offizielle Stadtpolitik ging sofort nach der letzten Angriffserie zur Imagerettung über. Die ohnehin kleine rechte Szene sei fest in die Jugendarbeitsstrukturen eingebunden und somit kontrollierbar. Die eigentliche Schuld für das kontinuierliche Negativimage der Stadt liege bei den nur Klischees reproduzierenden Medien. Dies u.a. ist die Argumentation des Vorwahlkampfes, in welchem sich Sachsen- Anhalt seit Herbst '97 befindet. So suchen sich SPD und CDU gleichermaßen auf dem Feld der „inneren Sicherheit" zu profilieren. In einer Pressekampagne sprach die städtische CDU im Zusammenhang mit Sprühereien und Farbeiern von „Straßenterror" und forderte im Oktober in einem Antrag im Stadtparlament „die Ausschöpfung aller juristischen Mittel" zur Räumung alternativer Kultur- und Wohnprojekte. Im gleichen Fall riet OB Polte (SPD) zur Aussetzung eines Kopfgeldes für Sprayer und „Fassadenschmierer". Vorläufiger Endpunkt des offiziellen Diskurses über „innere Sicherheit" und das Image der Stadt war eine „Lichterkette gegen Gewalt" am 16. Januar, dem Jahrestag der Bombardierung Magdeburgs durch die Allierten, wo „ein Zeichen gegen Krieg, Gewalt und Zerstörung" gesetzt werden sollte.

Nachdem auch in Magdeburg die Antifa-Arbeit in den letzten Jahren fast völlig zum Erliegen gekommen war, wurde spätestens nach dem Mord an Frank Böttcher klar, daß die Weiterführung der antifaschistischen Arbeit unbedingt notwendig ist. Seit einiger Zeit gibt es daher ein Offenes Jugendtreffen und einen Antifa-Arbeitskreis. Von letzterem werden zur Zeit Antifaschistische Wochen unter obigem Motto durchgeführt, in welchen Filmvorführungen, Schulveranstaltungen, Diskussionskreise, Straßenaktionen und die Demonstration am 8.2.1998 stattfinden.

Demo
Die Demonstration ist der Höhepunkt unserer Antifaschistischen Wochen, die vom 26.01.- 12.02.1998 stattfinden. Ziel der Demo ist es, an den Mord an Frank Böttcher vor einem Jahr zu erinnern, die Kontinuität rechter Gewalt in Magdeburg sichtbar zu machen und auf den politischen Kontext im Diskurs um „Innere Sicherheit" im Wahlkampf hinzuweisen. Wir wollen eine nichtmilitante, aber dennoch kämpferische politische Demonstration durchführen.

Nach langer Diskussion haben wir uns entschieden, die Demonstration in diesem Jahr nicht nach Magdeburg-Olvenstedt zu führen.
Unser einmaliges „Einfallen" nach Olvenstedt würde nicht die Frage nach kontinuierlicher antifaschistischer Arbeit in diesem (und anderen Problem-) Stadtteile(n) beantworten, die in der Vergangenheit aus unterschiedlichen Gründen nicht ausreichend geleistet werden konnte. Auch der psychologische Effekt des einmaligen Stärkezeigens muß in der gegenwärtigen Situation verpuffen, da sich die Nazis ohnehin an 364 Tagen im Jahr recht sicher fühlen können. Wir denken daher, daß der 8.2. nicht der Tag ist, an dem wir Faschisten militant angreifen sollten und können. Diese Demonstration soll vor allem ein politisches Signal setzen, statt das „Böse" an einem Ort lokalisieren zu wollen. „Der Faschismus" wohnt nicht in Olvenstedt, sondern hat gesellschaftliche Ursachen. Eine „Putz"-Demo, wie sie sich einige Menschen angesichts der Situation in Magdeburg und insbesondere in Olvenstedt wünschen, kann unsere politischen Aussagen im Augenblick nicht vermitteln.

Und zum allgemeinen Verständnis: Zu der Demonstration werden sehr viele Menschen aus der hier am meisten vom Nazi-Terror betroffenen Punkszene kommen, die ihren Haß und ihre Wut anders artikulieren als man/frau es von üblichen autonomen Antifa-Demos kennt. Politisches Handeln ist von den meisten von ihnen - entsprechend ihrem subkulturellen Verständnis - nicht zu erwarten. Von der Möglichkeit einer politisch bestimmten Militanz - *unserem* Verständnis entsprechend - können wir unter diesen Umständen nicht ausgehen.

Die Demonstration führt aus den genannten Gründen und auch auf Wunsch Peter Böttchers zum in Magdeburg/Stadtfeld gelegenen Westfriedhof. Dort ist Frank Böttcher begraben. Außerdem befinden sich dort die Gräber der von den Nationalsozialisten ermordeten Magdeburger AntifaschistInnen und ein Ehrenmal für die Opfer des Faschismus.
Die Demonstration beginnt um 13.00 Uhr vor dem Magdeburger Hauptbahnhof.

Wir möchten Euch bitten, das auf unserer Situationseinschätzung beruhende Demonstrationskonzept zu respektieren. Es ist trotz allem für uns sehr wichtig, daß viele Menschen - vor allem aus organisierten Gruppen (vielleicht auf dem Rückweg von Passau?) - nach Magdeburg kommen. Eure solidarische Unterstützung hilft uns bei unserer Arbeit vorort erheblich!

Die EA-Nummer lautet: (0391) 734 86 42
Info-Telefon zu Antifaschistischen Wochehn und zur Demonstration: 0172/ 301 74 29

Mit antifaschistischen Grüßen
Vorbereitungskreis 8.2.

Stattbuch 6 Berlin: Projekte bitte melden !

Das neue Stattbuch 6 Berlin ist in Arbeit. Die Anschreiben für die Projekte, die im Stattbuch erscheinen sollen, sind im Umlauf. Wer trotzdem noch keinen Fragebogen erhalten hat, wird gebeten, sich beim Stattbuch Verlag Berlin, im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, per Fon 6913094 oder Fax 6943354 zu melden. Voraussichtlicher Erscheinungstermin des Buches ist der Mai 1998.

DEN STAATLICHEN RASSISMUS BEKÄMPFEN!!

In der Nacht vom 22. auf den 23.01.98 haben wir dem Gemeindedirektor der Gemeinde Legden, Rainer Kampmann (Westring 19 in Legden, Tel. 02566/4823), eines seiner berühmt-berüchtigten Freßpakete in leicht abgewandelter Form zugestellt.

Zu den Hintergründen:
Seit dem 01.08.97 führte die Gemeinde Legden die Praxis ein, den vor Ort lebenden Flüchtlingen statt Gutscheinen Lebensmittelpakete zu geben. In diesem Paket (Gegenwert 25 DM/ tatsächlicher Wert 13,70 DM) zeigt sich dann, wie sich die Gemeinde Legden und die Firma Weigel aus Bayern die Versorgung von Menschen vorstellt. Ein verfaulter Salatkopf, eine Konserve, die das Verfallsdatum überschritten hat und generöse 2 Liter Mineralwasser für 4 Tage gehören mit zum Inhalt. Komplettiert wird das Paket durch Hering in Aspik, Reis, Speisestärke, Gehacktem und einem Fertignudelgericht mit Speckfett. Auf religiöse und ethnische Besonderheiten bei den Flüchtlingen wurde mit diesem Vorgehen nicht im geringsten Rücksicht genommen. So bekommen Erwachsene (mit Ausnahme schwangerer Frauen) prinzipiell kein Obst und die Pakete enthalten jeweils für 4 Tage nur zwei bis drei Liter Getränke. Nach dieser ersten schlechten Erfahrung verweigerten die Flüchtlinge geschlossen jede weitere Annahme der Pakete.
In der Begründung seitens der Gemeinde entlarvt sich deren rassistische Intention. Zitat aus der *Münsterland Zeitung*: „Daß die Umstellung von Gutscheinen auf Sachleistungen, mit der die Gemeinde keine Einsparung erzielt, Probleme mit sich bringen würde, sei bekannt gewesen, so Kampmann: ´Trotzdem halte ich diese Lösung für besser.` Sie fördere sowohl die Erwerbsbereitschaft der Betroffenen als auch die Ausreisebereitschaft der abgelehnten Asylbewerber." Zitat aus den *Westfälischen Nachrichten*: „Die Einsparungen sieht Kampmann darin, daß der ein oder andere Asylbewerber sich aufgrund der schlechten Verpflegung doch vielleicht eher auf den Rückweg in sein Heimatland machen könnte."
6.10.97: KritikerInnen der Paketregelung in Legden und Menschen, deren Engagement für Flüchtlinge öffentlich bekannt ist, erhalten Post. Einige KritikerInnen erhalten Briefe (zum Teil mit Hakenkreuzen bemalt), die ein bekanntes rassistisches Hetzgedicht (Anrede: Sehr geehrte Zuhälterin der Kanacken) enthält. Anderer finden in ihren Briefkästen Flugblätter eine Bürgeraktion *Unsere Zukunft*, in denen gegen Flüchtlinge gehetzt wird („laßt keine Parasiten rein") und in den rassistisch-faschistischer Manier für die „Reinhaltung der deutschen Rasse" geworben wird. Parallel dazu berichten LegdenerInnen, die gegen die Praxis der Gemeinde Stellung bezogen hatten, von massiven Anfeindungen. Ein überwältigender Teil der Legdener Bevölkerung steht voll hinter der von der Gemeinde eingeführten Regelung, vielen geht diese sogar noch nicht weit genug.
Die Gemeinde läßt ein Flugblatt öffentlich auslegen, in dem die Praxis als voller Erfolg gefeiert wird, und in dem sie die Behauptung aufstellt, durch die Regelung jährlich 100.000 DM einzusparen. Daß dieser angebliche Sparerfolg auf Kosten der Menschenwürde erzielt wird bzw. erzielt werden soll, interessiert in Legden keineN.
Der migrationspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Oliver Wittke besucht Legden. mit seinem Besuch will er die Gemeinde ermuntern an ihrem Beschluß festzuhalten. Im Verlauf seiner Presseerklärung wird er dann deutlich: Zitat aus der *Münsterland Zeitung*: „Legden übernehme durch die konsequente Umsetzung des mit großem politischen Konsens beschlossenen Asylkompromisses eine Vorreiterrolle auch über die Gemeindegrenzen hinaus. Er mißt dem Ratsvotum Signalwirkung zu." Zynisch wird es dann, als er daran erinnert, daß doch nur 46 Menschen von der Regelung betroffen seien und daß bei dieser Anzahl ja nicht von einer Verletzung der Menschenwürde gesprochen werden könne. Überhaupt, wer eine derartig emotionale Debatte führe, müsse aufpassen, daß damit kein Ausländerhaß geschürt werde. Damit sind dann auch die Schuldigen am rassistischen Klima in Legden gefunden. Nicht die Gemeinde mit ihrer legalen „Flüchtlinge-Raus-Politik", nicht die Stammtische oder die Bevölkerung, sondern die KritikerInnen menschenverachtender Politik werden als Verantwortliche ausgemacht.
Am 11.12.97 meldet sich der Oberkreisdirektor des Kreises Borken, Raimund Pingel (OKrDir. Gemen, Tel: 02861-82-1111) zu Wort. Er meint, daß die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes, wie in Legden praktiziert, die Spreu vom Weizen trenne, Asylanten von Wirtschaftsflüchtlingen. Übersetzt heißt das nichts anderes, als daß nur die Flüchtlinge, die sich die mieseste Behandlung und ein menschenunwürdiges Leben gefallen lassen, richtige Flüchtlinge sind. Damit nun auch

Fair kommt weiter

Sehr geehrter Fahrgast.

Bitte helfen Sie mit die BVG-Kosten im Interesse aller so niedrig wie möglich zu halten.

Legen sie Ihren noch gültigen Fahrausweis (ab Entwertung zwei Stunden) nach Ende der Fahrt in die Fahrscheinausgabe des Automaten im Zielbahnhof.
Andere Fahrgäste werden es Ihnen danken.

Ihr **BVG** -Fair geht vor-Team

FAIR GEHT VOR !!!

In der letzten Zeit haben wir ca. 7000 Aufkleber von dem BVG eigenem Grafikstudio erstellen lassen und auf Bahnhöfen, in Bussen, Haltestellen und (um es den **S**ervice&**S**icherheitsbütteln nicht zu leicht zu machen) auch im unmittelbaren Umfeld dieser verklebt.

Das Problem:
Es gibt in dieser Gesellschaft viele Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht schwarzfahren können. Als Beispiel sei hier auf MigrantInnen hingewiesen, die wegen eines „Schwarzfahrdeliktes" ihr Aufenthaltsrecht verlieren können oder als angeblich kriminelle ins Gefängnis kommen.
Und es sind genau diese Menschen, die von den BVG-Saubermänner in Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolitik des Innensenats mit besonderen Kontrollen in der U-Bahn und auf den Bahnsteigen belegt werden.
Deshalb ist es solidarisch, wenn mensch sich schon einen Fahrschein kauft, diesen auch weiterzugeben. Dies ist nun nicht als Aufforderung zu verstehen der geldgierigen BVG noch mehr Kohle hinterher zu schmeißen, sondern ein Schritt es den Sicherheitsbütteln so schwer wie möglich zu machen Menschen zu schikanieren.

Trotzdem:
DER NULLTARIF, ist nach wie vor der einzige Tarif, den wir akzeptieren werden, denn Mobilität ist ein Grundrecht! Die Bezahlbarkeit der BVG ist nur eine Frage der Verteilung von Geldern, die sie uns eh gestohlen haben.

Viele Grüße an alle klebenden Elemente, die sich immer wieder kleinere Gemeinheiten einfallen lassen, um die BVG zum Einlenken in eine soziale Nulltarifstruktur zu bewegen.
Ärgern macht Spaß...

Fair kommt weiter !!!

die letzte Gemeinde weiß, was von ihr erwartet wird kündigt der Oberkreisdirektor an, daß der Kreis als Aufsichtsbehörde künftig darauf achten werde, daß in den Kommunen nur noch Lebensmittelpakete ausgegeben werden.
Die größere Nachbargemeinde Ahaus (dort wird im März der nächste Castor-Transport eintreffen) kündigte bereits am 27.11.97 an, im nächsten Jahr die Legdener Regelung zu übernehmen.

REPRESSION
Die Gemeinde Legden hat zwei großen libanesischen Flüchtlingsfamilien die Mietwohnungen gekündigt. Angeblich um zu sparen sollen die beiden Familien (insgesamt rund 20 Personen) ins zwei Wohncontainer (je 30 qm groß) ziehen.
Nicht nur die Tatsache, daß der Unterhalt der Container teurer ist als der Unterhalt der Mietwohnungen, entlarvt sich die zynische und rassistische Einstellung der Verantwortlichen GemeindevertreterInnen. Die Tatsache, daß einer der betroffenen Flüchtlinge schwer krank ist (Zitat aus dem Attest eines Urologen: „Wie schon erwähnt lebt Herr ... in ständiger Lebensgefahr, da es jederzeit zu einer Nierenruptur oder einer starken Blutung kommen könnte, welche zu Nierenversagen führen würde. Dies wiederum würde eine Dialysebehandlung oder eine notwendige Nierentransplantation bedeuten. Das oben geschilderte kann durch eine starke Infektion bzw. Harnweginfekt hervorgerufen werden."), ein Kind schweres Asthma hat und eine weitere betroffene Frau schwanger ist, und es zudem unmöglich ist, 20 Menschen in zwei Containern auch nur annähernd menschenwürdig unterzubringen, bringt die Gemeinde nicht von ihrem Vorhaben ab. Vielmehr geht es der Gemeinde um die Disziplinierung aufmüpfiger Flüchtlinge. Nur so erklärt sich das unnachgiebige Verhalten der Gemeinde gegenüber diesen beiden Flüchtlingsfamilien. Denn Männer und Frauen beider Familien hatten sich in den Monaten zuvor vehement gegen die Regelung zur Wehr gesetzt. Die zwangsweise Umsiedelung der beiden Flüchtlingsfamilien ist am 10.12.97 vollzogen worden. Die Situation der in Legden lebenden Flüchtlinge hat sich insgesamt dramatisch verschlechtert. Die Gemeinde droht den Flüchtlingen die immer noch die Annahme der Pakete verweigern, daß ihnen zustehende Taschengeld zu kürzen oder ganz zu streichen, wenn sie ihren Widerstand nicht aufgeben würden. Die beiden libanesischen Flüchtlingsfamilien haben nun ihre Kinder aus der Schule genommen, da diese dort von SchulkameradInnen rassistisch diskriminiert und beschimpft wurden.
Rassistische Normalität in Deutschland im Herbst 1997.

Es reicht!
Antifa heißt Angriff!
Die Verantwortlichen beim Namen nennen!
Weg mit den rassistischen Sondergesetzen für AusländerInnen!

Gegen **E**ure **M**enschenunw**Ü**rdigen **S**onderg**E**setze

IN DER NACHT VOM 25.1. ZUM 26.1. HABEN WIR IN DER OHLSDORFER STRAßE EINEN PELZLADEN UND DIE GESCHÄFTSRÄUME DER "STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT" ANGEGRIFFEN.
DABEI WURDEN DIE FRONTSEITEN ENTGLAST, MIT FARBE BESCHMIERT SOWIE DER MERCEDEATH DES "PELZMACHERS" TIEFERGELEGT UND ENTGLAST!

MIT DIESER AKTION SOLLTE BEIDEN ÖKONOMISCHER SCHADEN ZUGEFÜGT WERDEN UM SIE LANGFRISTIG AUS GELDMANGEL ZUR AUFGABE ZU ZWINGEN. EIN ERFREULICHER NEBENEFFEKT IST, DAß ES SO DER ÖFFENTLICHKEIT SCHWERER GEMACHT WIRD, ÜBER DIE MENSCHENVERACHTENDEN UND TIERFEINDLICHEN HANDLUNGEN HINWEGZUSEHEN. ES WURDE DEUTLICH GEMACHT, DAß ES IMMER NOCH LEUTE GIBT, DIE SICH MIT HERRENMENSCHENTUM UND AUSBEUTUNG NICHT ABFINDEN, SONDERN AKTIV DAGEGEN VORGEHEN!

ZUR STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT :

DIE SWG IST EINE VEREINIGUNG EWIG GESTRIGER NAZIS, NATIONALKONSERVATIVER, REVANCHIST/INNEN UND GESCHICHTSREVISIONIS/INNEN ÜBELSTER ART, WELCHE SEIT ÜBER 30 JAHREN "BILDUNGSARBEIT" IM "VORPOLITISCHEN RAUM" MACHT. WÄHREND DAS TREIBEN DER GESCHICHTSFÄLSCHER ANLÄßLICH DER AUSSTELLUNG ÜBER DEN VERNICHTUNGSKRIEG DER DEUTSCHEN WEHRMACHT EINIGE BEACHTUNG FAND, KONNTE DIE SWG BISHER IN HAMBURG WEITGEHEND UNGESTÖRT AGIEREN! AGIEREN.
DIE FUNKTIONÄRE DER SWG HABEN FAST ALLE EINE NS-KARRIERE UND SIND AUCH HEUTE NOCH URHEBER RASSISTISCHER UND VÖLKISCHER ORGANISATIONEN UND MEDIEN.
DIE SWG ORGANISIERT VERANSTALTUNGEN MIT ALTNAZIS ALS AUCH MIT DIPLOMATEN, MILITÄRS, RECHTEN PROFESSOREN, VERTRETERN AUS WIRTSCHAFT UND POLITIK.
DABEI GEHT ES MEISTENS UM DIE "HEIMHOLUNG DER DEUTSCHEN OSTGEBIETE" ODER DARUM, DEUTSCHLAND VON DEN VERBRECHEN DES DEUTSCHEN FASCHISMUS FREIZUSPRECHEN, INDEM DIE SOGENANNTE "KRIEGSSCHULDLÜGE" VERBREITET WIRD.
SOMIT TRÄGT DIE SWG DAZU BEI, DAß RASSISTISCHES UND VÖLKISCHES GEDANKENGUT IN DIE KONSERVATIVE POLITIK HINEINGETRAGEN WIRD BZW. SICH MIT IHR WEITER VERMISCHT.

Volxsport Hamburg

ZU "DER PELZMACHER":

AUCH 1998 WERDEN PELZE IMMER NOCH VON TIEREN"HERGESTELLT". DAß DIESE UNTER BARBARISCHEN BEDINGUNGEN IN SOGENANNTEN FARMEN GEZÜCHTET, GEFANGENGEHALTEN UND LETZTENDLICH ERMORDET WERDEN BZW, IN SCHLAGFALLEN ELENDIG VERENDEN IST KEINE NEUIGKEIT. HIER STELLEN SICH WIEDER PRIVILEGIERTE WOHLSTANDSMENSCHEN ÜBER DAS LEBEN ANDERER FÜHLENDER INDIVIDUEN UM SICH MIT DEM LUXUSARTIKEL PELZ ZU SCHMÜCKEN.
DIE MASSENHALTUNG VON TIEREN TRÄGT DURCH FUTTERMITTELPRODUKTION UND DIE UNMENGEN VON EXKREMENTEN (UND SOMIT METHANGAS) ZUR NATURZERSTÖRUNG BEI.
DIES BEDEUTET, DAß VIELE ANDERE NEBEN DENEN, DENEN DIE HAUT ABGEZOGEN WIRD, SCHADEN DAVONTRAGEN.

ENTGEGEN DEM GESAMTGESELLSCHAFTL. KONSENS, DAß TIERE MINDERWERTIGES LEBEN SIND, HALTEN WIR ES FÜR WICHTIG , JEDES FÜHLENDE LEBEWESEN ZU RESPEKTIEREN UND DIE HERRSCHAFT ÜBER SIE ABZULEHNEN. ES GEHT UM DIE GEFÜHLE UND BEDÜRFNISSE DER/DES EINZELNEN ANSTATT UM KATEGORIEN WIE GESCHLECHT, HAUTFARBE, WIRTSCHAFTL. VERWERTBARKEIT, KÖRPERLICHE ODER GEISTIGE FÄHIGKEIT ODER ARTZUGEHÖRIGKEIT, DIE AUSGRENZUNG UND BENACHTEILIGUNG DEN WEG BEREITEN.

FÜR EINE HERRSCHAFTSFREIE GESELLSCHAFT !!!

Farbangriff auf Pelzgeschäft

Winterhude – Vermutlich autonome Tierschützer haben einen Anschlag auf ein Pelzgeschäft an der Ohlsdorfer Straße verübt, auch die Räume der „Staatspolitischen Gesellschaft" getroffen. Die sechs bis sieben Täter, warfen Steine und Farbeier auf die Scheiben, beschädigten ein Auto.

Zwei Komponenten

EA MACHEN WIR

DM KOMMT VON EUCH

Der Ermittlungs-Ausschuß braucht dringend Geld! Für Prozeßkostenübernahmen von Angeklagten. Solipartys Sammlungen Einzelspenden – alles ist gut Daueraufträge wären optimal! Sonderkonto: Klaus Schmid Konto-Nr.: 20610-106 Postbank BLZ: 100 100 10

Dokumentation:

Schluß mit dem rassistischen Polizeiterror!

Vor wenigen Tagen *(am 6.10.97, d.red.)* wurde die „mobile Revierwache" der Polizei am Sternschanzenbahnhof (Hamburg) umgeworfen, demoliert und angezündet!
Diese Aktion ist ein Ausdruck von grundlegendem Widerstand gegen die unerträglich hohe Polizeipräsenz im Schanzenviertel! Zusätzlich wird sie hoffentlich einen Anstoß für eine weitere Auseinandersetzung über die Situation im Stadtteil geben, in welcher diejenigen zueinanderfinden und eine neue Stärke entwickeln können, die sich noch nicht mit Armutsvertreibung, Sicherheitswahn und Rassismus arrangiert haben!

Im letzten Jahr hat sich die Situation im Schanzenviertel katastrophal zugespitzt: Von Kritik und Widerstand weitgehend unbehelligt versucht sich die Polizei an der Zerschlagung der Drogenszene am Bahnhof, im Park und neuerdings auch in den umliegenden Straßen. Vor allem Schwarzen, aber auch anderen „unerwünschten" Menschen wurde in rassistischer Manier der Kampf angesagt: Wahlweise zu Dealern oder Benutzern illegalisierter Drogen stigmatisiert, sind sie alltäglich von willkürlichen Kontrollen, Verhaftungen, Prügelorgien oder Platzverweisen bedroht. Parallel zu dieser Selbstinszenierung staatlicher Gewalttätigkeit haben sich einige AnwohnerInnen-initiativen und Gewerbetreibende zu einem schlagkräftigen Bürgermob formiert. In egoistischer „Betroffenheit" und Selbstmitleid versunken, haben sie sich ein Bedrohungsszenario zurechtgebastelt, welches in Form von Drogen, Elend und Schwarzen scheinbar ihre Wohnidylle, bzw. ihre Verkaufsbilanzen ankratzt. Ohne die Bereitschaft, sich mit gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen und Zusammenhängen zu beschäftigen (steigende Armut, rassistische Formierung und Militarisierung der Gesellschaft, zunehmend aggressive Ausgrenzung von „Randgruppen", usw.), haben auch sie den Kampf gegen Minderheiten und sogenannte „Problemgruppen" aufgenommen - in Sicherheitspartnerschaft mit den Knechten des Staates, der z.B. mit seiner Drogen-, Sicherheits-, und AusländerInnenpolitik die Zustände täglich neu produziert, gegen die sie sich wenden. Tatkräftig beteiligt an der Herstellung dieser menschenverachtenden „Normalität" im Schanzenviertel waren und sind diverse bürgerlich-reaktionäre Medien. Von der fast täglichen Berichterstattung der Lokalpresse bis hin zu Talkshows und Dokumentationen im Fernsehen: Mit Lügen, Verdrehungen und Übertreibungen wird eine „Realität" geschaffen, die mit der Wirklichkeit hier nicht mehr viel gemeinsam hat. Die konkreten Probleme werden einseitig aufgebauscht, diffuse Ängste und Vorurteile damit geschürt und bedient, um dann als Sprachrohr des Volkszornes gegen „die Dealer" zu hetzen. All dies ergänzte sich aufs Trefflichste mit der widerlichen „law and order"-Kampagne der Parteien im Bürgerschaftswahlkampf. Das Thema „innere Sicherheit" ins Zentrum gerückt, wurde das Schanzenviertel immer wieder dazu benutzt, die Volksnähe und damit das Stammtischniveau der PolitikerInnen unter Beweis zu stellen.

Das Schanzenviertel ist zum Experimentierfeld rassisitscher Sicherheits- und Sauberkeitsideologen in Staat und Bevölkerung geworden. Es ist höchste Zeit, daß sich viele gegen diese Entwicklung stemmen und vielfältigen Widerstand organisieren. Der „Schicksalsgemeinschaft der Ausgrenzenden" müssen wir die Solidarität mit den Ausgegrenzten entgegensetzen!
Ein Teil davon muß sein, daß die Polizeipräsenz im Schanzenviertel kritisiert und zurückgedrängt wird.
Gegen Spritzen auf Spielplätzen hilft nicht der Kontaktbereichsbeamte, sondern die Stadtreinigung und eine Legalisierung von Drogen!
Gegen Angst vor den „Anderen" hilft nicht Polizeigewalt und Vertreibung sondern Kommunikation!
Gegen Sexismus hilft keine uniformierte Männerhorde!
Gegen unerträgliche Lebensverhältnisse hilft nicht das Treten nach „Unten" sondern organisierter Widerstand!

Die Stadt gehört allen!!!



11/ 97

Bild 6.10.97

Chaos im Schanzenviertel

Streifenwagen angezündet, Polizisten mit Flaschen beworfen

Das Schanzenviertel. Ein sozialer Brennpunkt in Hamburg. Immer wieder gibt's hier Ärger.
Gestern abend sorgten etwa 50 Vermummte für ein Chaos. Sie steckten Autos der Polizei in Brand, zündeten Barrikaden an, bewarfen Polizisten mit Benzin-Flaschen.
22 Uhr: 50 Randalierer ziehen los. Sie haben Molotow-Cocktails dabei, schleudern ihre Brandsätze an der Schanzenstraße in einen Mannschaftswagen der Polizei. Der Ford Bus, er steht dort zur Kontrolle gegen die - offene - Drogenszene, brennt vollständig aus.
In der Läger- und der Susannenstraße liegen qualmende Reifenbarrikaden auf der Fahrbahn, brennende Flaschen fliegen auf alarmierte Beamte, ein Peterwagen geht in Flammen auf.
Die Polizei zieht mehr als 100 Beamte zusammen, die Vermummten fliehen. „Gegen Polizeigewalt", schreit ein Maskierter und läuft weg.

Polizei zurückdrängen

Bekenntnis zu Schanzen-Brandanschlag

Die „mobile Revierwache" am Sternschanzenbahnhof wurde am Montag als „Ausdruck von grundlegendem Widerstand gegen die unerträglich hohe Polizeipräsenz im Schanzenviertel" angezündet. Das geht aus einem Schreiben der TäterInnen an die *taz* hervor. Eine konkrete Gruppe hat sich allerdings nicht zu dem Anschlag bekannt.

Der Polizeiwagen, der stets im Umkreis des Sternschanzenbahnhofes geparkt und mit zwei BeamtInnen besetzt war, war vollständig ausgebrannt. Mit ihrem Anschlag wollten die TäterInnen anprangern, daß „das Schanzenviertel zum Experimentierfeld rassistischer Sicherheits- und Sauberkeitsideologen in Staat und Bevölkerung" geworden sei. Die Polizei habe vor allem Schwarzen, aber auch anderen „unerwünschten" Menschen in rassistischer Manier den Kampf angesagt. „Wahlweise zu Dealern oder Benutzern illegalisierter Drogen stigmatisiert, sind sie alltäglich von willkürlichen Kontrollen, Verhaftungen, Prügelorgien oder Platzverweisen bedroht".

In „egoistischer Betroffenheit" hätten auch einzelne AnwohnerInneninitiativen und Gewerbetreibende den Kampf gegen Minderheiten aufgenommen, statt sich mit wachsender Armut und Rassismus auseinanderzusetzen. Dieser „Schicksalgemeinschaft der Ausgrenzenden" müsse die Solidarität mit den Ausgegrenzten entgegengesetzt werden. Ein Teil davon sei, die Polizeipräsenz im Schanzenviertel zurückzudrängen.

„Gegen Spritzen auf Spielplätzen hilft nicht der Kontaktbereichsbeamte, sondern die Stadtreinigung und eine Legalisierung von Drogen" mahnen die VerfasserInnen des Schreibens. Die Polizei sieht das offenbar anders. Am Sternschanzenbahnhof steht eine neue „mobile Wache". Elke Spanner

Taz 8.10.97

SKLAVENHANDEL MIT ARBEITSLOSEN

Über die letzten drei Jahre hinweg hat sich verstärkt eine Entwicklung im staatlichen Umgang mit Arbeitslosen in Hamburg abgezeichnet :
DIE ZUSAMMENARBEIT DER STAATLICHEN ORGANE FÜR DIE VERWALTUNG VON ARBEITSLOSEN MENSCHEN (SOZIAL- UND ARBEITSÄMTER) MIT PROFESSIONELLEN SKLAVENHÄNDLERN ODER ZEITARBEITSFIRMEN.
Arbeitslose sollen zügigst von dem Bezug staatlicher Unterstützung gelöst und in den Dienst der Ober- und Mittelschichten geschickt werden.
Die Methoden, die dafür eingesetzt werden sind vielfältig.
Die Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsfirmen ist nur Eine davon und veranschaulicht ziemlich genau den Umgang mit Menschen, den der berüchtigte Sozialabbau verkörpert.
Hier eine kleine Darstellung einiger Punkte der Entwicklung in den letzten Jahren.
Möglicherweise hast Du direkte Erfahrung mit diesen Praktiken, oder Du kennst Leute, denen es so gegangen ist. **Wir auch !**

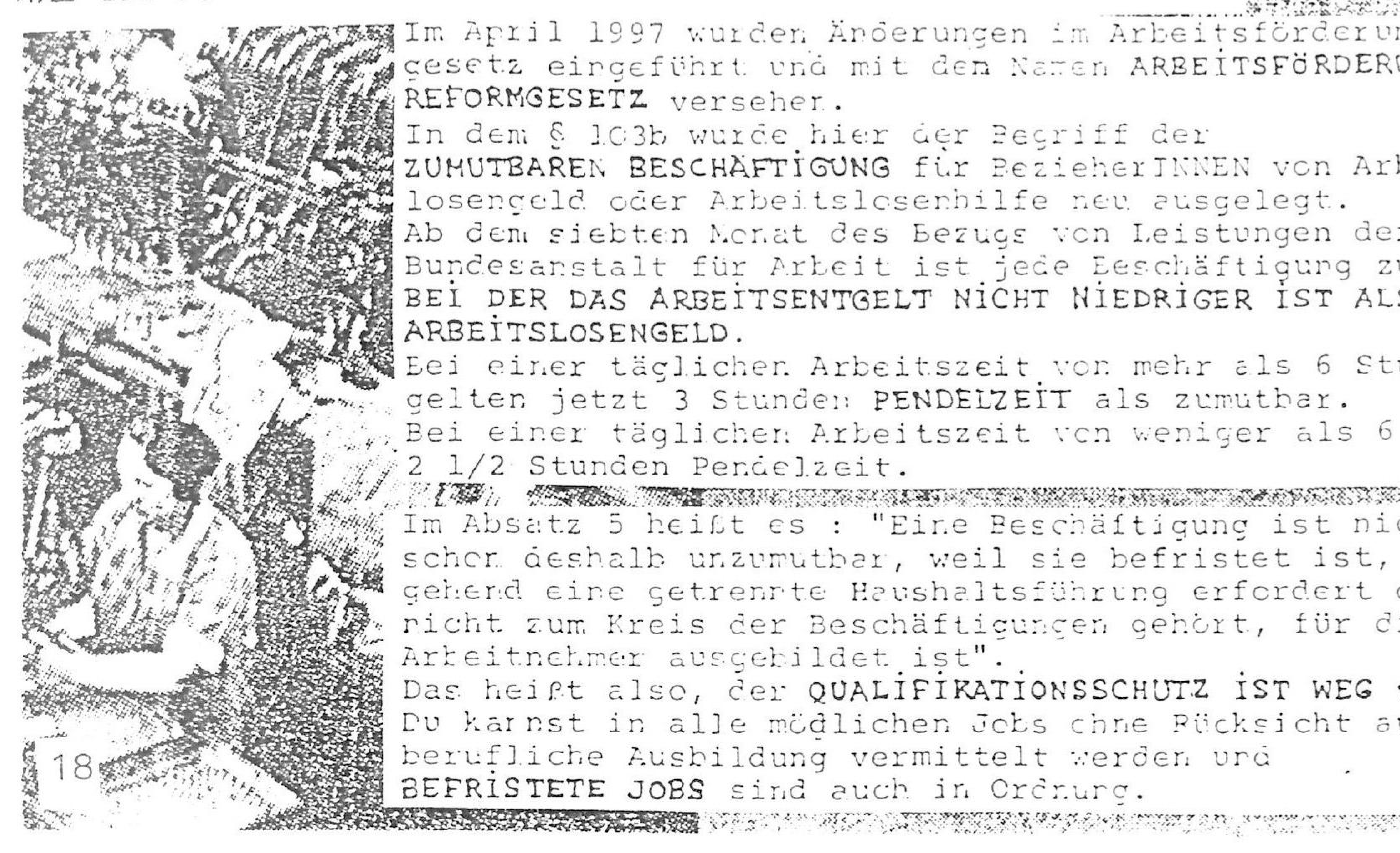
Im Sommer 1995 hat das Sozialamt Lokstedt einer privaten Zeitarbeitsfirma Räume zur Verfügung gestellt und zwar im Gebäude des Sozialamts selbst.
Mehr als 100 SozialhilfeempfängerINNEN wurden dahingeschickt, um sich der Arbeitsvermittlung durch die Zeitarbeitsfirma zu unterwerfen.
Stolz verkündete das Landessozialamt in ihrem Propagandablatt "Sozialhilfereport" den Erfolg des Experiments :
Nur wenige der LeistungsbezieherINNEN bezogen nach Abschluß des Tests noch Sozialhilfe. Dafür war die Prozentzahl derjenigen, die eine Arbeit bei einer Zeitarbeitsfirma tatsächlich aufnahmen äußerst gering.
Der Rest war entweder eingeschüchtert worden und hat den Sozialhilfebezug gekündigt oder(in 15 Fällen) hat sich geweigert, bei einer Zeitarbeitsfirma zu arbeiten. Diesen 15 Leuten wurde die **SOZIALHILFE GÄNZLICH GESTRICHEN.**

Die **RECHTLICHE GRUNDLAGE** für die vollständige Streichung der Leistungen bietet der § 2 des Bundessozialhilfegesetzes : "Nur, wer sich selbst nicht helfen kann, hat Anspruch auf Sozialhilfe"
Fröhlich berichtet der "Sozialhilfereport", daß es jetzt gängige Praxis der Sozialämter ist, auf Zeitarbeitsfirmen zu verweisen. Uns ist auch zu Ohren gekommen, daß sogar Leute, die erstmals einen Antrag auf Sozialhilfe stellen, zu diesen Zeitarbeitsfirmen geschickt werden, um zu beweisen, daß sie sich um Arbeit bemühen.
Und das alles, obwohl der Verweis auf Leiharbeitsfirmen seitens der Sozialämter in den, für Hamburg geltenden fachlichen Weisungen für die Anwendung des BSHG untersagt ist. (Fachl. Weisung SR4/92 3.5.2)

Dann, im August 1996 erfolgte eine **BUNDESWEITE GESETZESÄNDERUNG**, nach der die Ablehnung zumutbarer Arbeit durch SozialhilfeempfängerINNEN zu einer 25%igen Kürzung der Sozialhilfe führt. Wegen der Ablehnung einer zumutbaren Arbeit wurde z.B. im Juni'97 911 HamburgerINNEN die Sozialhilfe gekürzt.

Hamburg

WAS IST DENN ZUMUTBAR ?



Im April 1997 wurden Änderungen im Arbeitsförderungsgesetz eingeführt und mit dem Namen **ARBEITSFÖRDERUNGS-REFORMGESETZ** versehen.
In dem § 103b wurde hier der Begriff der **ZUMUTBAREN BESCHÄFTIGUNG** für BezieherINNEN von Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe neu ausgelegt.
Ab dem siebten Monat des Bezugs von Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit ist jede Beschäftigung zumutbar, **BEI DER DAS ARBEITSENTGELT NICHT NIEDRIGER IST ALS DAS ARBEITSLOSENGELD.**
Bei einer täglichen Arbeitszeit von mehr als 6 Stunden gelten jetzt 3 Stunden **PENDELZEIT** als zumutbar.
Bei einer täglichen Arbeitszeit von weniger als 6 Stunden 2 1/2 Stunden Pendelzeit.

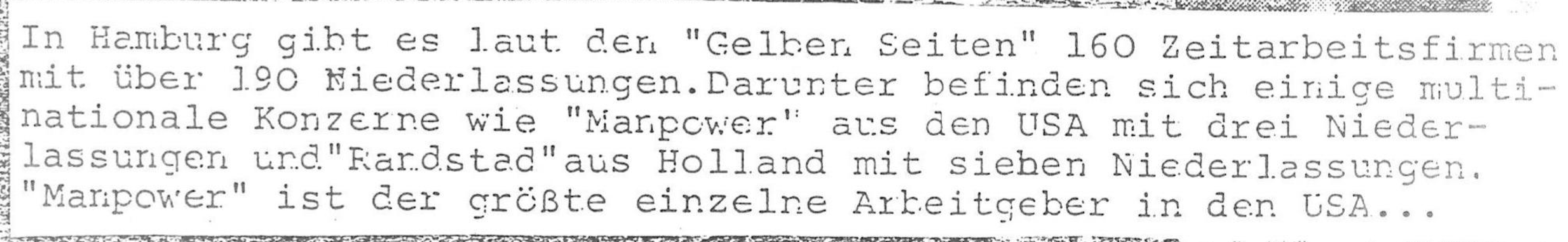
Im Absatz 5 heißt es : "Eine Beschäftigung ist nicht schon deshalb unzumutbar, weil sie befristet ist, vorübergehend eine getrennte Haushaltsführung erfordert oder nicht zum Kreis der Beschäftigungen gehört, für die der Arbeitnehmer ausgebildet ist".
Das heißt also, der **QUALIFIKATIONSSCHUTZ IST WEG :**
Du kannst in alle möglichen Jobs ohne Rücksicht auf berufliche Ausbildung vermittelt werden und **BEFRISTETE JOBS** sind auch in Ordnung.

Hierdurch wurde im Arbeitsförderungsreformgesetz von April der gesetzliche Weg dafür geöffnet, BezieherINNEN von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe der Vermittlung durch Zeitarbeitsfirmen zu unterwerfen.
Weigerst Du Dich , so eine zumutbare Beschäftigung anzunehmen, dann gilt nach wie vor eine Sperrzeit von 8 Wochen. Um während einer Sperrzeit des Arbeitsamtes Deine Existenzsicherung legal aufrechtzuerhalten, kannst Du natürlich auch weiterhin Antrag auf Sozialhilfe Stellen.Da die Sozialämter aber inzwischen auch die Bereitschaft zur Aufnahme von Leiharbeit verlangen, kann faktisch jede legale Existenzsicherung versagt werden.

Gleichzeitig wurde die Arbeit der Zeitarbeitsfirmen erleichtert.Das, ebenfalls im April 97 verabschiedete **ARBEITNEHMERÜBERLASSUNGSGESETZ** begünstigt ihre Arbeit in verschiedener Hinsicht :
"Die Überlassung desselben Leiharbeiters an denselben Entleiher wurde bisher auf 9 Monate begrenzt.Die zulässige Überlassungsdauer wird nunmehr auf 12 Monate verlängert."
Das bedeutet, es wird viel attraktiver für die Unternehmen, ZeitarbeiterINNEN einzustellen.Sie können sich einen Menschen ein ganzes Jahr lang ausleihen, den sie viel einfacher loswerden können als die, von ihnen regulär Ausgebeuteten.
Der erste Arbeitsvertrag zwischen Zeitarbeitsfirma und ZeitarbeiterIN darf ab jetzt befristet sein.
"Befristete Arbeitsverträge sind sogar wiederholt zulässig, wenn sie unmittelbar an einen Arbeitsvertrag mit dem Verleiher anschliessen."
Dies war vorher nicht der Fall und ergänzt sich prima mit der folgenden Änderung : Vorher war es verboten, den Arbeitsvertrag zwischen Zeitarbeitsfirma und ZeitarbeiterIN auf die Zeit der ersten Überlassung bei einem Entleiher zu beschränken."Dieses Verbot wird für die Dauer des ersten Arbeitsverhältnisses und damit für den ersten Einsatz aufgehoben.

DER VERLEIHER ERHÄLT ALSO JETZT DIE MÖGLICHKEIT, DEN LEIHARBEITER BEI EINEM ENTLEIHER ZU ERPROBEN."




In Hamburg gibt es laut den "Gelben Seiten" 160 Zeitarbeitsfirmen mit über 190 Niederlassungen.Darunter befinden sich einige multinationale Konzerne wie "Manpower" aus den USA mit drei Niederlassungen und"Randstad"aus Holland mit sieben Niederlassungen. "Manpower" ist der größte einzelne Arbeitgeber in den USA...

Die Ausübung von sozialer Kontrolle durch Arbeit über die untere Klasse wurde dort - wie zunehmend auch hier - zu einer eigenen "Arbeitgeber"-Branche spezialisiert.
Solche Verhältnisse haben zur Folge, daß Du Dich nicht mehr gegen das Unternehmen wehren mußt, wo Du arbeitest, sondern gegen eine zwischengeschaltete Firma, die sich darauf spezialisiert hat, **DEINE ARBEITSKRAFT SO LEICHT AUSBEUTBAR WIE MÖGLICH ANDEREN FIRMEN ANZUBIETEN.**

160 Firmen also, die in Hamburg bereitstehen, auf die Arbeitskraft von Menschen zu geiern, die aus staatlicher Unterstützung rausgeschmissen werden sollen.
Bei einer Zeitarbeitsfirma mußt Du ständig zur Verfügung stehen, um einen Tag mal zu der einen Sklavenarbeit geschickt zu werden und den nächsten zu einer anderen.Du bist ständig der Mensch, der die Löcher bei Unternehmen stopft, wo gerade einE MitarbeiterIN krank ist, wo es für eine kurze Zeit zuviele Aufträge gibt oder wo die Belegschaft aus anderen Gründen streikt.

Auch wenn Du nur kurzfristig bei einer Zeitarbeitsfirma eingestellt wirst, gibt es für den Staat den Vorteil, daß wenigstens die Arbeitslosenstatistiken gesenkt werden.
Und bei den Leuten, die sich gegen eine Vermittlung durch eine Zeitarbeitsfirma wehren, können sie die Leistungen kürzen oder streichen und sie so in illegale Formen der Existenzsicherung drängen

Keine Auslieferung von Petra Elser an den Folterstaat Spanien!

Petra Elser befindet sich seit Dezember 1996 in Untersuchungshaft im Gefängnis Fresnes bei Paris. Der Spanische Staat hat ihre Auslieferung beantragt. Die Verhandlung darüber wird am 11. Februar 1998 in Paris stattfinden. Die Auslieferung nach Madrid würde für Petra große Gefahr bedeuten: In den spanischen Polizeiwachen, Guardia-Civil-Kasernen und Gefängnissen gehören Folter und Menschenrechtsverletzungen auch heute noch zum Alltag. Politische AktivistInnen werden von einem Sondergericht verurteilt, das aus der Franco-Zeit übernommen wurde.

Ihr Kind Jokin lebt seit der Verhaftung bei der Familie von Juan Luis im Baskenland. Aufgrund der beschwerlichen Reise von 800 Kilometern kann er Petra und Juan Luis, die in zwei verschiedenen Gefängnissen in der Nähe von Paris sitzen, nur etwa einmal im Monat besuchen. Jokins Beziehung zu seinen Eltern ist durch die wenigen Besuche, die in einer für Kleinkinder absolut ungeeigneten winzigen Besucherzelle stattfinden, sehr erschwert.

Bei einem eigentlich für Dezember geplanten Haftprüfungstermin hätte Petra wahrscheinlich gute Chancen gehabt, noch vor Prozeßbeginn unter Auflagen entlassen zu werden.

Petra Elser kommt aus Frankfurt und war dort in verschiedenen politischen und sozialen Bewegungen aktiv, z.B. bei Hausbesetzungen, an der Startbahn-West und in Frauengruppen. Sie hat als Sekretärin gearbeitet und war Mitglied der HBV. In den 80er Jahren hat sie an mehreren Reisen ins Baskenland teilgenommen. 1990 beteiligte sie sich als Übersetzerin an einem Videoprojekt für den WDR, in dem es um Folterpraktiken in Spanien und um die vom Innenministerium finanzierten Todesschwadrone GAL ging. 1991 ging Petra für ein Jahr nach Madrid, um dort Spanisch zu studieren, und arbeitete anschließend ein weiteres Jahr in einer Sprachschule als Deutschlehrerin. Nach einem Zwischenaufenthalt in Frankfurt hat sie ab 1994 mit ihrem Lebensgefährten Juan Luis Agirre Lete in Südfrankreich gelebt. Dort wurde auch ihr gemeinsames Kind Jokin geboren.

Am 26. November 1996 wurden beide bei einer Fahrzeugkontrolle festgenommen. Ihnen wird Mitgliedschaft bzw. Unterstützung der baskischen Organisation ETA und Waffenbesitz vorgeworfen. Juan Luis, der als baskischer Flüchtling in Frankreich gelebt hat, wurde als führendes Mitglied von ETA bezeichnet. Beide haben von Anfang an erklärt, daß ihre Beziehung rein persönlicher Art ist, und daß Petra keinerlei Verbindung zu ETA hat.



Petra Elser, Juan Luis Agirre und ihr Sohn im Sommer 1996

Sie hätte dann wieder mit ihrem inzwischen zwei einhalb Jahre alten Kind zusammenleben können. Der Auslieferungsantrag hat dies nun erstmal verhindert. Die spanische Justiz benutzt die Tatsache, daß Petra zwei Jahre in Madrid gelebt hat, um daraus eine Verbindung zu ETA zu konstruieren.

Schlagzeilen zu Spanien:

- Spaniens Regierung nach Verhaftungen unter Druck: Morde an ETA-Leuten offenbar vom Staat gelenkt - Der Staat als Terrorist. Frankfurter Rundschau, 21.12.1994
- Deutsches Gericht glaubt Spanien nicht - Berliner Kammergericht liefert mutmaßliches ETA-Mitglied wegen Foltergefahr vorerst nicht aus. taz, 27.10.1995
- Die Angeklagten klagen an: Folter. Prozeß gegen mutmaßliche ETA-Leute peinlich für Spanien. taz, 29.11.1995
- Europarat zeiht Spanien der Folter - Hunderte Fälle mißhandelter Gefangener FR, 6.3.1996
- ETA-Häftlinge mit Elektroschocks mißhandelt. Kölner Stadtanzeiger, 6.3.1996
- Spaniens Geheimdienst wird der Versuche an Menschen beschuldigt. FR, 20.9.1996
- Folter-Vorwürfe gegen spanische Polizei. FR, 15.3.1997
- Führung der Baskenpartei HB soll ins Gefängnis: 23 Politiker zu sieben Jahren Haft verurteilt. FR, 2.12.1997

Ein spanisches Sondergericht: Die Audiencia Nacional

Während Petra in Frankreich mit baldiger Freilassung rechnen könnte, würden ihr bei einer Auslieferung an Spanien sicher viele Jahre Gefängnis drohen. Mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Tod Francos existiert in Madrid immer noch ein Sondergericht für politische Verfahren, die Audiencia Nacional. Wer wegen ETA-Unterstützung angeklagt ist, muß in jedem Fall das Schlimmste befürchten, denn dieses Gericht verhängt serienweise langjährige Haftstrafen, egal wie dünn die Beweislage ist oder ob belastende Aussagen unter Folter zustandegekommen sind.

Mehr als 500 baskische politische Gefangene sitzen in spanischen Gefängnissen, verteilt über das gesamte Staatsgebiet. Ihre medizinische Versorgung ist katastrophal, und Übergriffe von Schließern gehören zur Tagesordnung.

Ausgeliefert: Benjamin Ramos Vega

Ein Prozeß vor der Audiencia Nacional gelangte auch hier an die Öffentlichkeit: Der Fall Benjamin Ramos Vega. Er wurde im Oktober 1997 zu elf Jahren und vier Monaten verurteilt. Er hatte in Barcelona eine Wohnung für eine alte Freundin angemietet. Monate später wurden dort Waffen und Dokumente von ETA gefunden, nachdem ein verhafteter ETA-Militanter unter Folter die Wohnung verraten hatte. Im Prozeß konnte Benjamin nicht nachgewiesen werden, daß er die ETA-Militanten kannte, daß er wußte, wozu die Wohnung diente, oder daß er sie jemals betreten hätte. Das Besondere an diesem Fall: Benjamin ist nicht in Spanien verhaftet worden, sondern in Berlin. Viele haben sich hier dafür eingesetzt, daß er nicht ausgeliefert wird. Aber nach juristischem Tauziehen und fast anderthalb Jahren Auslieferungshaft wurde er im Juni 1996 schließlich doch mit Gewalt nach Madrid gebracht. Das Berliner Kammergericht hatte sich jedoch ausführlich mit dem Thema der Folter in Spanien beschäftigen müssen. Es stellte fest, daß die Anklage gegen Benjamin auf Folter beruht, und daß außerdem anerkannte Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international und die UNO-Menschenrechtskommission schon mehrfach die systematische Folter an politischen Gefangenen in Spanien angeprangert hatten. Die Auslieferung wurde deshalb an Garantien geknüpft: Aussagen, die unter Folter zustande gekommen waren, dürften in dem Verfahren nicht verwendet werden, und der HIV-positive Benjamin müsste angemessene medizinische Behandlung bekommen. Keine dieser Garantien wurde eingehalten. Benjamins Gesundheitszustand hat sich im Gefängnis Alcalá Meco drastisch verschlechtert.



Sieben Jahre für Meinungsäußerung

Ein aktuelles Beispiel für die politische Justiz in Spanien ist die Verurteilung des gesamten Vorstands der baskischen Partei Herri Batasuna im Dezember 1997. Das Delikt: Zeigen eines Videos, in dem ETA-Militante einen Friedensvorschlag bekanntgeben. Dasselbe Video ist inzwischen unbeanstandet in verschiedenen Fernsehkanälen gezeigt worden. Aber die 23 PolitikerInnen wurden dafür kollektiv zu je sieben Jahren verurteilt. Damit sitzt der komplette Vorstand einer legalen Partei im Knast.

Schluß mit Abschiebungen und Auslieferungen!

Auslieferungen von Frankreich nach Spanien finden heute ständig statt. In der Franco-Diktatur hatten politisch aktive BaskInnen in Frankreich den Status politischer Flüchtlinge. 1979 wurde das Asyl für BaskInnen in Frankreich abgeschafft, und nach und nach begannen die Auslieferungen und Ausweisungen, bei denen baskische Flüchtlinge direkt an die Foltertruppe Guardia Civil übergeben werden.
Inzwischen sind schon mehrere hundert BaskInnen nach Spanien ausgeliefert worden.

Wir wollen die Auslieferung von Petra Elser verhindern.

Solidaritätsgruppe
'Keine Auslieferung von Petra Elser'
DRITTE WELT HAUS
Westerbachstr. 47/3
60489 Frankfurt

Informationen im Internet:

http://www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/9126/

Es werden dringend Spenden benötigt.

Spendenkonto: Christoph Brandt
Nassauische Sparkasse
KtoNr.: 1465044051, BLZ: 510 500 15

Geld oder Leben ?

Vorschlag zu einer Karawane nach Genf im Mai 98 von WiwA Wendland (Widerstand weltweit!- Arbeitsgruppe)

Im Mai (18.-20.) treffen sich Minister und andere Bonzen in Genf zur jährlichen Tagung der Welthandelsorganisation (WTO), um weiter unsere Zukunft zu verplanen. Nebenbei wollen sie ein 50-jähriges Jubiläum des WTO-Vorläufers GATT feiern, dh seit 50 Jahren wird die weltweite Ausbeutung von Mensch und Natur offiziell koordiniert. Grund genug, da kräftig gegenzufeiern.

Die durch die Globalisierung erreichte Macht der Konzerne und Spekulanten genügt ihnen jedoch noch lange nicht. In geheimen Verhandlungen der OECD (Industriestaaten) wurde ein Vertrag "zum Schutz von Investitionen" erarbeitet, der den unterzeichnenden Staaten praktisch alles verbietet, was den Interessen von Investoren widerspricht. Gesetzliche Regelungen zum Umweltschutz oder zur sozialen Sicherung wären nur noch möglich bei entsprechender "Entschädigung" der Kapitalisten, angesichts der leeren öffentlichen Kassen also unmöglich.

Dieser Vertrag, genannt "Multilateral Agreement on Investment" (MAI) soll Bestandteil der WTO werden. Es ist zu befürchten, daß viele Staaten den Vertrag unterzeichnen, um Investoren anzulocken und die restlichen Staaten dadurch noch mehr unter Druck geraten. Einmal unterzeichnet, kann ein Staat frühstens nach 5 Jahren aussteigen, und muß selbst dann noch weitere 15 Jahre die Regeln des MAI befolgen. Die Demokratie wird damit vollends zur Marionette, da sie nur noch beschließen kann, was das Kapital will. Dieses Ermächtigungsgesetz kann nur verhindert werden, wenn ein breites öffentliches Bewußtsein über seine Konsequenzen entsteht. Nutzen wir den Mai um das MAI zu verhindern!

In Deutschland und den anderen Industriestaaten wurde bisher kaum über GATT und WTO diskutiert, da ihre destruktiven Auswirkungen bisher hauptsächlich in den sogenannten "Entwicklungsländern" zu spüren waren. In den Widerstandsbewegungen dort ist es jedoch schon lange Thema. Sie haben sich bei einem Treffen im August 97 in El Indiano in Spanien zu einem Aktionsbündnis mit dem Namen"Peoples Global Aktion" (Weltweite Aktion der Leute /Völker) zusammengeschlossen. Vom 23.- 25. Februar veranstalten sie eine Anti-WTO-Konferenz in Genf, auf der auch weltweite dezentrale Aktionen im Mai koordiniert werden sollen.

Große Schatten werfen ihre Ereignisse voraus

Das dezentrale Konzept soll dafür sorgen, daß die Möglichkeiten der Leute sich an Aktionen aktiv oder passiv zu beteiligen, nicht auf einen Ort (Genf) beschränkt ist. Es macht jedoch zentrale Aktionen nicht überflüssig, da ein großer Teil der Bevölkerung auf Berichte von Medien angewiesen ist, und diese meist Brennpunkte brauchen, um eine Sache zum Thema zu machen. Die Aktionsform Karawane ist sowohl dezentral als auch zentral und bietet viele Kontakte zwischen politisch aktiven Gruppen.

Dazu kommt der Vorteil, daß sie über einen längeren Zeitraum vorher die Aufmerksamkeit auf diese Sache lenkt. Im Wendländischen Widerstand gegen Atomanlagen haben wir gute Erfahrungen mit dieser Aktionsform gemacht (Treck nach Hannover 79 ,Castornix-Karawanen 94 bis 96). Auch bei den Castortransporten selbst hat sich der mobilisierende Effekt von Aktionen in der Zeit davor gezeigt.

Zum Motto "Geld oder Leben ?"

Die WTO - Ministerkonferenz ist zwar der Anlaß der Aktionen und ein wesentliches Ziel ist es auch Bewußtsein über die Bedeutung von WTO und MAI zu schaffen. Dennoch glauben wir, daß wir das Thema breiter fassen sollten, um möglichst viele Leute anzusprechen. WTO und MAI sind Werkzeuge der Neoliberalen, die Herrschaft des Geldes über alle Lebensbereiche zu verfestigen und zu verabsolutieren. Alle Werte, die nicht in Geldwerte umzusetzen sind, werden langsam aber sicher zerstört und damit auch unsere Lebensgrundlagen und die Würde der Menschen. Die Logik des Geldes reduziert das Leben auf eine Dimension. Es wird zu einem Wettlauf, bei dem es nur wenige Gewinner und viele Verlierer gibt. Es fördert das Gegeneinander und unterdrückt das Miteinander.

Wir alle sind von dieser Entwicklung betroffen und dennoch ist bisher noch kein nennenswerter gemeinsamer Widerstand dagegen sichtbar geworden. Es gibt Widerstand gegen vielerlei Auswirkungen des neoliberalen Angriffs, doch haben wir nur dann eine Chance, wenn wir themenübergreifend die gemeinsamen Ursachen analysieren und dagegen vorgehen.

"Geld oder Leben ?" sehen wir als gemeinsame Fragestellung einer Vielzahl von politisch aktiven oder zumindest interessierten Menschen. Sie fordert sowohl die Gesellschaft als Ganzes als auch jeden einzelnen Menschen auf ihre Entscheidung über Ziele und Prioritäten zu überdenken.

Informationen zur WTO,MAI und Peoples Global Aktion gibts bei : Play Fair Europe!, Turmstr.3, D-52072 Aachen

· Vervielfältigung erwünscht

Vorstellungen zur Karawane

Wir stellen uns vor, daß sich die Karawane im Fahrradtempo bewegt und Fahrräder auch das überwiegende Verkehrsmittel darstellen. Dazu kähmen einige Wägen mit Trecker bzw Zugmaschinen oder LKWs ,die die nötige Ausrüstung transportieren (Volksküche, Zelte, Bühnenwagen, usw.).

Unsere Lebenspraxis während der Karawane muß im Einklang stehen mit den solidarischen politischen Vorstellungen, die wir dabei vertreten. Deshalb ist es uns wichtig, daß sich jedermensch unabhängig von seiner/ihrer finanziellen Lage daran beteiligen kann. Für die Verpflegung steht uns wahrscheinlich die wendländische Volksküche zur Verfügung, die bisher nach dem Grundsatz "JedeR gibt, was er/sie kann und nimmt, was er/sie braucht" immer recht gut funktioniert hat.

Für die Übernachtung wollen wir große Zelte organisieren, haben aber auch nichts dagegen, wenn jemand lieber in seinem eigenen kleinen Zelt schlafen will. Wesentlich für die Tour sind die Abende an den Übernachtungsorten. Sie bieten Zeit und Raum für Begegnungen und Austausch zwischen den Reisenden und interessierten Menschen der Region. Mit Musik, Theater, Videos, Ausstellungen, Büchertischen und so weiter wollen wir aktiv sein und doch die Lebensfreude nicht zu kurz kommen lassen.

Konzepte zur Tourplanung

Über die zeitliche und örtliche Einteilung sind wir uns nicht einig geworden. Deshalb wollen wir hier beide Konzepte vorstellen und das erste Vorbereitungstreffen darüber entscheiden lassen. Es gibt zwei gemeinsame Punkte, Frankfurt und Genf. Frankfurt ist deutsches Finanzzentrum, Stadt der Banken und der Börse. Deshalb bietet es sich geradezu an, dort als Vorhöhepunkt eine bundesweite Großdemo zuveranstalten. Dort könnten sich mehrere Teilkarawanen wie bei einer Sternfahrt treffen und gemeinsam nach Genf weiterziehen. Wir würden vom Wendland aus eine Teilkarawane beginnen lassen, wünschen uns aber, daß sich auch in anderen Gegenden - besonders in Ostdeutschland - noch Karawanen bilden.

Der Unterschied der beiden Konzepte besteht darin, wieviel Zeit man sich nehmen sollte. Das erste Konzept geht davon aus, daß eine Woche reicht, um von Frankfurt nach Genf zu kommen (2 Wochen vom Wendland aus). Die Tagesstrecken wären ca. 80 km, der Streckenverlauf wäre ziemlich festgelegt auf die kürzeste Strecke (Heidelberg- Offenburg- Freiburg- Basel- Bern- Lausanne- Genf).Das andere Konzept geht von zwei Wochen für Frankfurt - Genf aus und bietet damit viel Freiraum für Streckengestaltung, Gemütlichkeit, Erholung usw. und bietet auch eine größere Gewissheit, rechtzeitig in Genf anzukommen. Dabei stellt sich jedoch die Frage, wieviele Leute sich soviel Zeit nehmen können oder wollen (Ab Wendland drei bis vier Wochen). Außerdem erfordert eine solche Tour ein dichteres Netz von Übernachtungsplätzen.

Wie gehts weiter?

Bis jetzt ist das alles nur eine Idee. Sie kann nur dann verwirklicht werden, wenn sich genügend Leute melden, die mitmachen wollen. Wenn es nicht allzu stressig werden soll, müssen wir bald mit den Vorbereitungen anfangen. Für ein erstes Treffen haben wir den 7./8. Februar angedacht, also beeilt euch mit der Rückmeldung, wenn ihr dazu eingeladen werden wollt.

Rückmeldung zur Karawane "Geld oder Leben?" nach Genf im Mai 98

- - - - - - - - - - - - - - - - -
- - - - - - - - - - - - - - - - -
- - - - - - - - - - - - - - - - -
- - - - - - - - - - - - - - - - -
- - - - - - - - - - - - - - - - -
- - - - - - - - - - - - - - - - -

Ich bin... /Wir sind ... (___ Leute)

[ ] ... interessiert, bei der Karawane mitzufahren
( ) ganze Strecke ( ) eine Teilstrecke ca ___ Tage

[ ] ... bereit, die Karawane mit vorzubereiten
( ) Gesamtkonzept ( )lokal ( )Ausrüstung ( )inhaltlich
( ) ich stimme einem Adressenaustausch zur Koordination zu

[ ] ... bereit, die Karawane zu unterstützen durch:
( ) Geld ( ) sonstiges:

[ ] ... interessiert an weiteren Infos über die Karawane

[ ] Schickt mir/uns mehr von diesen Blättern zum Weitergeben

An
WIWA Wendland
c/o Abraxas
Marschtorstr. 56
D-29451 Dannenberg

Email:wiwawend@mail.nadir.org

Freiheit für die Gefangenen! ★ Schluß mit dieser Politik!

La misma palabra Revolución, en esta América de las pequeñas revoluciones, se presta bastante al equívoco. Tenemos que reivindicarla rigurosa e intransigentemente. Tenemos que restituirle su sentido estricto y cabal. La revolución latino-americana, será nada más y nada menos que una etapa, una fase de la revolución mundial. Será simple y puramente, la revolución socialista. A esta palabra, agregad, según los casos, todos los adjetivos que queráis: "antiimperialista", "agrarista", "nacionalista-revolucionaria". El socialismo los supone, los antecede, los abarca a todos. j. c. mariátegui 1928*

*...Die lateinamerikanische Revolution wird nicht mehr und nicht weniger sein als eine Etappe, eine Phase der Weltrevolution. Sie wird schlicht und einfach die sozialistische Revolution sein. Diesem Wort könnt ihr von Fall zu Fall alle Adjektive hinzufügen, die ihr wollt: "antiimperialistisch", "agrarisch", "nationalrevolutionär". Der Sozialismus setzt sie alle vorraus, nimmt sie vorweg und umfaßt sie alle.

★ *Thesen zur MRTA* ★

¿ welche revolution ?

kurze Anmerkung vorweg:
hier, *wir* oder *uns* im Text meint alle Menschen, die heute außerhalb Perus, z.B. in Deutschland, für emanzipatorische Prozesse kämpfen und sich Gedanken machen, wie eine Solidarität mit der MRTA aussehen kann. Emanzipatorische Prozesse bedeuten die Revolutionierung der bestehenden Verhältnisse. Die menschliche Emanzipation und eine Gesellschaft, die es allen ermöglichen wird, sich ihren Fähigkeiten gemäß als ganze Menschen zu entdecken und zu entwickeln, kann nur in der *sozialen Revolution* erkämpft werden.

①
Isaac Velasco und Menschen, die ihn zitieren, werden mittlerweile auch von der deutschen Justiz verfolgt. Beispielhaft (wie sonst vor allem bei kurdischen Exilierten) zeigt sich hier die Verbindung zwischen rassistischer Verfolgung durch den deutschen Staat und dem wirtschaftlichen Kalkül des deutschen Imperialismus. Um die Angriffe von Medien und Staatsmacht abzuwehren, ist unsere kämpferische Solidarität gefordert.

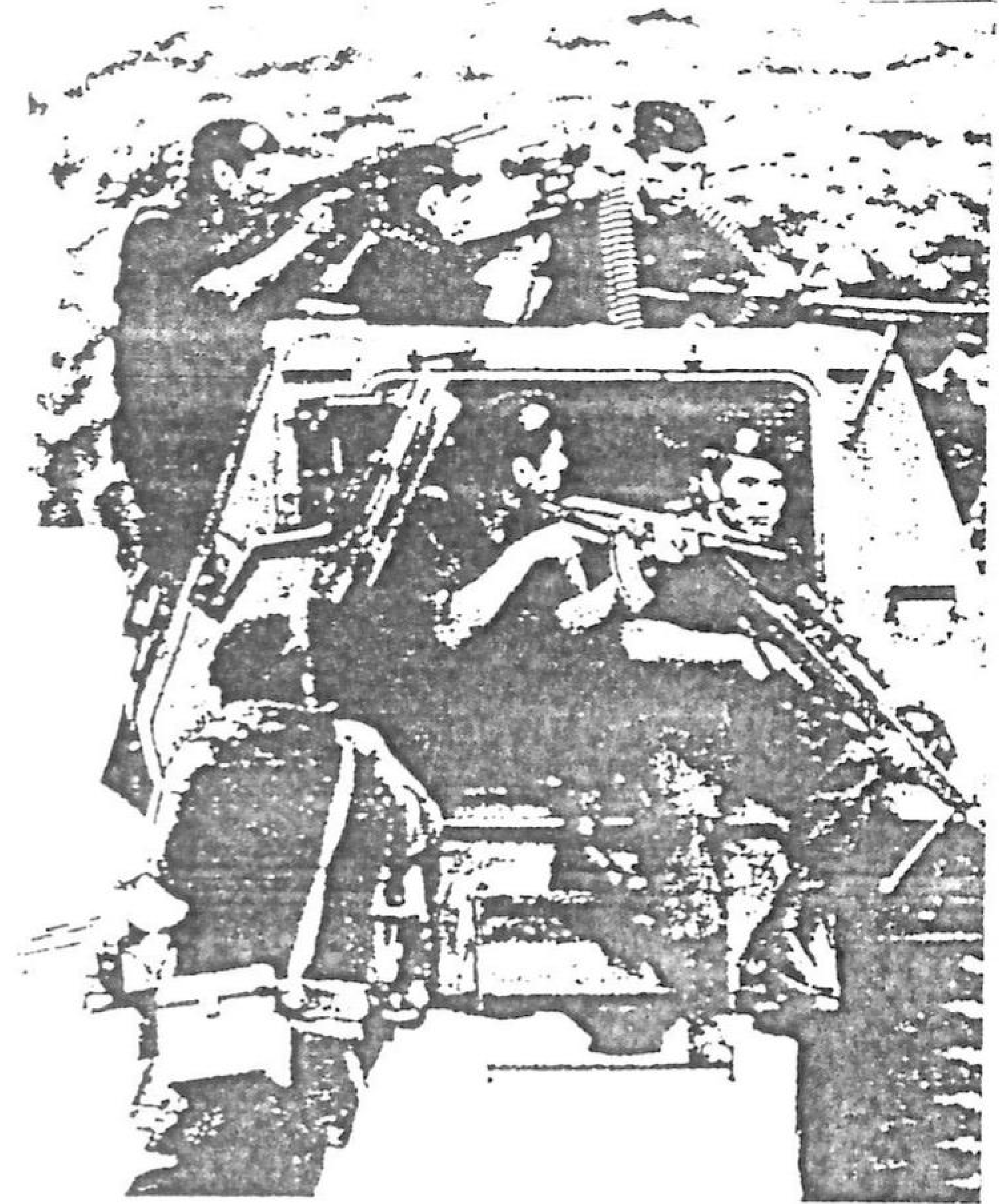
②
Die *Gefangenen* aus der MRTA leiden wie alle politischen Gefangenen in Peru unter Foltertechniken, die auch mit deutschem Know-How entwickelt wurden. Eine revolutionäre Bewegung muß aufgebaut werden, die die nötige Stärke entwickelt, um die politischen und die sozialen Gefangenen aus der Gewalt der Diktatur zu befreien. Jeder Fortschritt beim Aufbau revolutionärer Macht in Peru, jede Schwächung des Regimes im Prozess der sozialen Emanzipation, ist auch in unserem Interesse. Unterdrückung und Ausbeutung werden im Kapitalismus über Grenzen hinweg organisiert. Der internationale Kampf dagegen gewinnt daher mit jedem Schritt vorwärts, wenn sich die verschiedenen Kämpfe aufeinander beziehen.

③
Die MRTA hat nicht den Anspruch, die Bewegung zu sein, die den Aufbau revolutionärer Macht in Peru alleine leisten oder anleiten kann, sie will diesen Prozeß lediglich unterstützen. Ihre politische Praxis wird diesem Anspruch nicht gerecht. Ihre Politik war und ist nicht auf eine Revolution hin orientiert, die den Kapitalismus überwinden kann. Die Politik der MRTA stand und steht wie die ihrer historischen Vorgängerorganisationen für einen pluralistischen Mix aus radikalen Formen, widersprüchlicher Rhetorik und bürgerlich-reformistischer Praxis.

Schon für die peruanischen Guerillas des Jahres 1965 ELN und MIR (die erste Wurzel der MRTA) waren korporatistische und reformistische Parteien (wie die KP und die APRA) die soziale Basis. Zu den Guerillas fanden schon damals - wie später zur MRTA - meist junge Mitglieder (die zweite Wurzel), die im Gegensatz zu ihren Parteien die Form des bewaffneten Kampfs notwendig fanden. Inhaltlich-programmatische Differenzen zu den Parteien spielten demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Diese Parteien, die alten Guerillas, die Fraktion der Militärs der "ersten Phase" der Militärdiktatur von 68-75 (die dritte Wurzel der MRTA) und die MRTA selbst, repräsentieren politisch ähnliche Fraktionen des kleinen und mittleren Bürgertums.
Von den 20iger Jahren bis heute schwelt in Perus Linken ein strategischer Streit über die Rolle des Imperialismus und die Bedeutung des Kleinbürgertums für die Revolution. Für eine erste Position liegt das Problem zunächst in der Unterordnung unter *ausländisches* Kapital und nicht prinzipiell in der Unterordnung aller menschlichen Beziehungen unter das gesellschaftliche Verhältnis des Kapitals. Die vorgesehene Revolution richtet sich daher gegen den Imperialismus und für die "Nationalisierung der Reichtümer", ohne das Privateigentum aufzuheben. Das Ziel ist zunächst ein "antiimperialistischer" Staat, in dem sich der Kapitalismus kontrolliert entwickeln kann. Schließlich soll eine sozialistische Revolution folgen, aber erst, wenn sich ein bewußtes Proletariat und vor allem eine *nationale Bourgeoisie* entwickelt hat. Diese soll nach dem Beispiel des europäischen Bürgertums die weitere gesellschaftliche Entwicklung voranbringen.



Durch ihr Programm oder ihre Praxis haben alle genannten Gruppen für einen solchen national-kapitalistischen Weg der Modernisierung Stellung bezogen.



PACIFICACIÓN

Die zweite Position wurde erstmals von José Carlos Mariátegui vertreten, vor allem in seiner Auseinandersetzung mit dem Gründer der APRA. Mariátegui analysiert, daß bereits das halb-feudale Peru der 20er Jahre in den kapitalistischen Weltmarkt integriert ist. Eine Industrialisierung wie in den entwickelten kapitalistischen Staaten könne unter diesen Bedingungen nicht nachgeholt werden. Die spezifische Art der Integration Perus in den Weltmarkt und der historische Prozeß dieser Integration lassen keine bürgerlich-nationale, sondern nur die sozialistische Revolution zu. Da unter der Herrschaft ausländischen Kapitals keine davon unabhängige nationale Bourgeoisie entstehen kann, muß eine Revolution in erster Linie von den ArbeiterInnen und den BäuerInnen getragen werden. Sie wird aufgrund der spezifischen Bedingungen eine besondere Form haben: In der peruanischen Revolution werden sich die indigenen Traditionen kollektiver Arbeit und der Abwesenheit von Privateigentum, die in der BäuerInnenschaft noch immer lebendig sind, verbinden mit dem Klassenbewußtsein, das die ArbeiterInnen im Zuge ihrer Organisierung entwickeln. Die Bedingungen der Revolution in Peru sind dabei denen anderer Staaten unter der Herrschaft des Imperialismus ähnlich, woraus sich die enge Verbindung der revolutionären Prozesse in allen diesen Ländern ergibt.
Mariáteguis Vorstellung einer von ArbeiterInnen und BäuerInnen getragenen sozialistischen Revolution konnte bis heute noch nicht realisiert werden. Dagegen haben verschiedene Regierungen versucht, die Entwicklung einer unabhängigen kapitalistischen Ökonomie zu realisieren. Sie alle sind damit gescheitert, die Produktionsverhältnisse wurden nie in Frage gestellt. Zwar erfolgte eine "Modernisierung", diese hat jedoch die Abhängigkeit von ausländischem Kapital und vor allem vom US-Imperialismus nur noch verstärkt. Politisch und sozial steht die MRTA in der Tradition dieser gescheiterten Linie. Von der Form her ist sie die radikalste Verkörperung des bürgerlichen Antiimperialismus, von ihrem Einfluß her eine der unbedeutendsten, in nichts zu vergleichen z.B. mit den nationalistischen Militärs oder der APRA, deren Scheitern sich erst nach der Übernahme der politischen Macht zeigte.

④

Der Kult um Túpac Amaru II wurde von der Militärregierung erfunden (auch die Guerilla hatte 1965 schon eine Front nach Túpac Amaru benannt), die über das Gedenken an ihn eine "Peruanität" herstellen wollte, eine korporatistische Identifikation aller mit ihrer nationalistisch-reformistischen Politik[1]. Dies war nötig, da die Militärs keine Massenorganisationen hinter sich hatten und sich daher immer neu legitimieren mußten. Um die Existenz von Klassenkämpfen Rassismus oder alltäglicher Männergewalt zu verdrängen, sollten alle PeruanerInnen den Stolz auf ihre Nationalität erlernen. Túpac Amaru I wollte als Inca sein Reich verteidigen und insbesondere Túpac Amaru II als Namenspatron ist gut gewählt. Sein Kampf gegen den spanischen Kolonialismus war zugleich ein Kampf gegen vorkapitalistische Privilegien und für die freie Konkurrenz: Als Teil der Elite der indigenen Amtsträger war er verhältnismäßig wohlhabend und besaß unter anderem ein Fuhrunternehmen mit 300 Lasttieren. Die immer weiter verschärfte Ausplünderung seitens der korrupten spanischen Kolonialbeamten führte zu einer Armut in der Bevölkerung, die seine ökonomische Existenz bedrohte. Ganz modern war sein Kampf gegen die Ausbeutung der Bevölkerungsmehrheit auch ein Kampf für ökonomische Verhältnisse, in denen die Aymara- und Quechua-Bevölkerung über Einkommen verfügen würde, um so zu KonsumentInnen und KundInnen zu werden. Es war der Versuch einer bürgerlichen Revolution unter den Vorzeichen einer politisch wie ökonomisch mit dem feudalen Spanien verknüpften Gesellschaft. Túpac Amarus Revolution war eine nationale, um soziale Emanzipation ging es nie. Auf der Ebene eines nationalistischen Populismus steht Túpac Amaru auch für bewaffneten "Widerstand". Dieser richtete sich jedoch zu keiner Zeit gegen die Klassengesellschaft, sondern nur gegen die vorbürgerlich-feudalen Formen[2]. Durch die Wahl dieses



EL PERUANO

DIARIO OFICIAL

S/. 7.00

PROYECTO

PLAN DE GOBIERNO "TUPAC AMARU"

(Periodo 1977-1980)

von allen NationalistInnen in Peru geschätzten Volkshelden als Namenspatron bestärkt die MRTA Nationalismus und Reformismus, anstatt sich von ihnen zu entfernen.

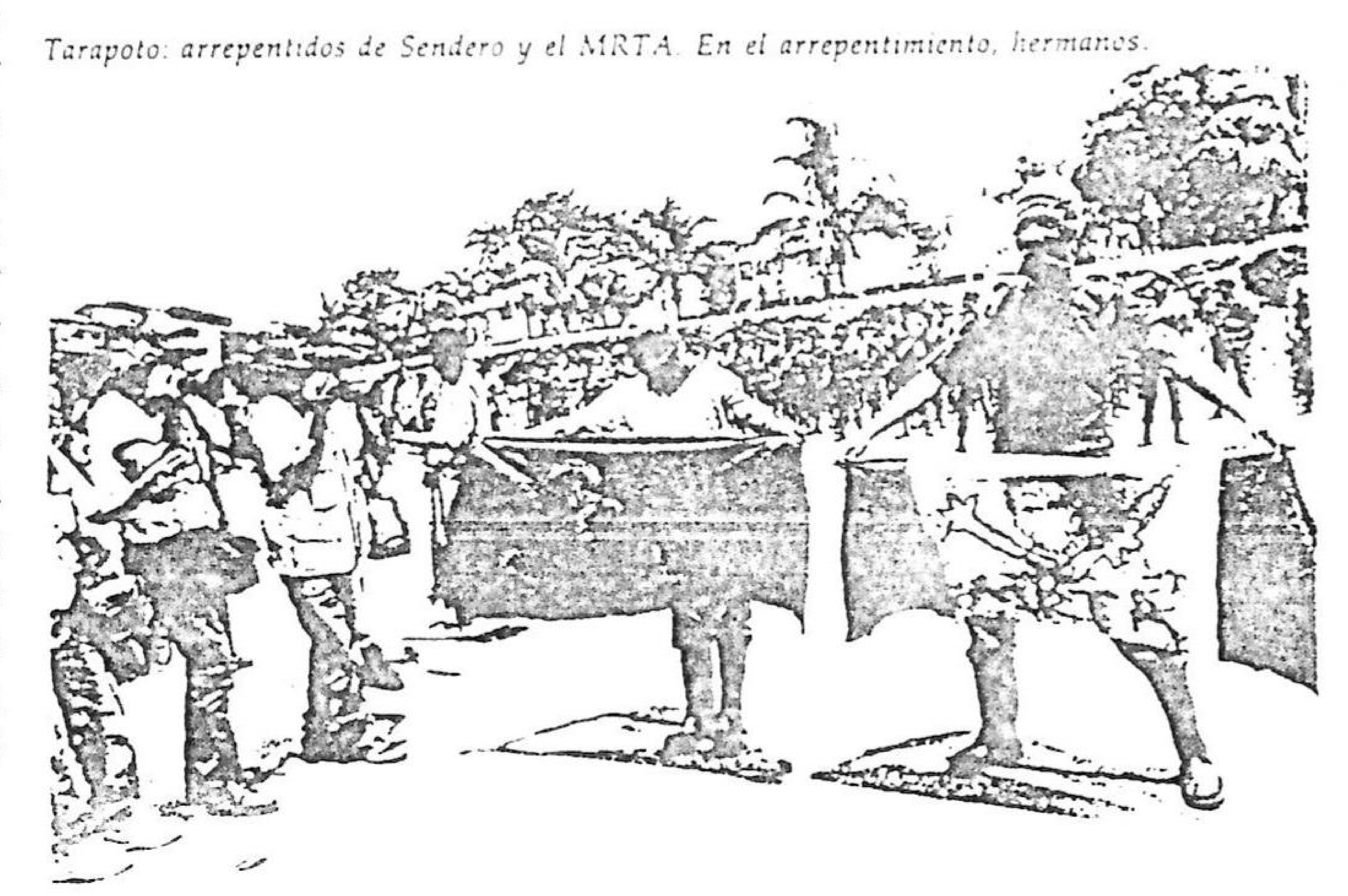
⑤
Die *Menschenrechte* sind zusammen mit den Staatsbürgerrechten juristisch-ideeller Ausdruck von politischem Staat und bürgerlicher Gesellschaft im Kapitalismus. Das Recht jedes Mitglieds der Gesellschaft auf Privateigentum und dessen Vermehrung ist die historische Leistung der Bourgeoisie. Im Zuge der Herausbildung politischer Staaten in der bürgerlichen Revolution wurden erstmals die Menschenrechte formuliert. Sie dienen seitdem der Absicherung aller PrivateigentümerInnen, deren Reichtum als ihre Privatsache gefaßt ist. Damit sind sie Teil der materiellen Gewalt, die die soziale Ungleichheit festschreibt. Der gesellschaftliche Aspekt des menschlichen Lebens findet in Form von Gesetzen nur insofern Ausdruck, als die Gesetze verhindern, daß die isolierten Individuen in ihrem Konkurrenzkampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft zu unlauteren Mitteln greifen. Diese Ebene des allgemeinen Interesses wird dem Staat mit seiner Justiz zugewiesen, wohingegen den Privatmenschen nur bleibt, mit Hilfe der Menschenrechte ihre egoistischen Interessen als Vereinzelte einzuklagen. Die soziale Revolution wird daher notwendenderweise die Trennung aufheben zwischen der Gesellschaft als Sphäre der Monaden mit ihrem Kampf aller gegen alle und ihrem Staat als abstrakter Sphäre eines allgemeinen Interesses. In diesem Prozeß muß auch die Konstruktion der "Menschenrechte" überwunden werden, denn sie steht für diese begrenzte Teilexistenz des Menschen als isoliertes, seiner Sozialität nicht bewußtes Individuum. Wenn die Produktion und Verteilung als gesellschaftliche begriffen und organisiert sind, wenn die abstrakte Sphäre des Allgemeinen nicht mehr als abstrakte, von den realen Individuen getrennt, im politischen Staat zentralisiert ist, werden die Menschenrechte in ihrer bürgerlichen Form obsolet sein.



Die MRTA läßt jeden kritischen Zugang zu den Menschenrechten vermissen. Sie instrumentalisiert sie statt dessen, um ihre Gefangenen zu befreien, ohne zu sehen, daß ein unkritischer Rückgriff auf diese bürgerliche Rechtsform für RevolutionärInnen einen strategischen Fehler bedeutet.Dem sogenannten "Neoliberalismus" setzt die MRTA (und auch die hiesige Soliszene) die liberale Rechtsvorstellung der Menschen- und Bürgerrechte entgegen. Das zeigt sich besonders in der Frage der gesetzlichen Grundlagen von bürgerlicher Gesellschaft und ihrem Staat. Der Staat als die Form, in der die Unterordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse unter die Bedürfnisse des Kapitals organisert ist, wird nicht der Kritik unterzogen. Die MRTA begründet ihren Kampf immer wieder mit den Gesetzes*brüchen* der Herrschenden. Die Gesetze, die eben diese erlassen haben, erscheinen dabei als etwas Erhaltenswertes, als Teil der Lösung und nicht Teil des Problems. Die MRTA stellt sich so als bewaffneter Arm gesetzestreuer Bewegungen dar und realisiert nicht, daß ihre Legitimation spätestens dann wegfällt, wenn sich eine emanzipatorische Bewegung organisiert, die mit dem alten Staat auch seine bürgerlich-juristische Grundlage aufheben *muß*. Dem Staat kommt die Aufgabe des Gesetzeshüters zu. Daher läßt sich seine Legitimation in Frage stellen, über den Nachweis, daß er dieser Aufgabe nicht gerecht werden kann, oder daß er gar selbst gegen bestehendes Recht verstößt. Es kann daher richtig sein, mit den bürgerlichen Menschenrechten zu hantieren und deren Verletzung durch die peruanische Diktatur zu denunzieren. Anders als für den Staat können bürgerliche Ideologie und Gesetze für eine revolutionäre Bewegung nicht die Grundlage sein. Ausgehend vom Widerspruch zwischen dem Staat (bzw. seinem Anspruch) und seinen eigenen Vorraussetzungen, gilt es, die Notwendigkeit der Revolution bewußt zu machen. Die MRTA thematisiert die Begrenztheit der Menschenrechte nicht. Sie verstärkt noch die Illusion, bürgerliche Menschenrechte und soziale Revolution gehörten zusammen, indem sie als Legitimation für ihren Kampf auf Artikel 3 der Menschenrechtserklärung zurückgreift[3].

⑥
Die Widersprüchlichkeit der Position der MRTA zeigt sich an ihrer stets beteuerten *Dialog*bereitschaft. Seit ihrer Gründung hat sie jedesmal wenn mit einer Wahlfarce ein neuer Präsident installiert wurde, einen Waffenstillstand verkündet. Nachdem Friedensverhandlungen aufgrund ihrer politisch-militärischen Schwäche niemals stattfinden mußten, erklärte die MRTA regelmäßig, *deshalb* müßte sie den bewaffneten Kampf fortführen. Während der Besetzung der Botschafterresidenz findet sich gar in 5 von den 15 comunicados der Hinweis, die MRTA sei eine Dialog-Guerilla, die einen umfassenden und dauerhaften Frieden auf dem Verhandlungsweg erreichen möchte.[4] Ihre Politik reduziert sich auf bewaffnete Propaganda. Im Widerspruch dazu spricht sie aber auch von ihren Versuchen, selbst eine Volksarmee aufzubauen oder einzelne Comandantes bezeichnen sie als Avantgarde-Partei[5]. Sie versucht nicht auf Seiten der ArbeiterInnen und BäuerInnen eine möglichst starke Organisation aufzubauen, die politisch wie militärisch in der Lage wäre, die alte Staatlichkeit und ihre Stützen zu zerschlagen. Ausgehend von der starken Repression und der tiefen Krise der legalen Linken fällt ihr nichts anderes ein, als über die Abschaffung des Neoliberalismus zu verhandeln. Mit dem Regime von Fujimori, den sie selbst schon oft genug als autoritären Kasper für die pseudolegale Maske der Herrschaft der Militärs und des Geheimdienstes herausgestellt hat, ist der Verhandlungspartner die Diktatur, deren Brutalität die MRTA sonst in so schillernden Farben beschreibt. Ohne eigene Machtbasis konnte die Besetzungsaktion der MRTA nur auf dem Gebiet der Propaganda Erfolg bringen. So richtig es ist, heute die Unmöglichkeit der offenen Organisierung von RevolutionärInnen in Gewerkschaften oder Massenbewegungen zu konstatieren, so wenig bietet ein Dialog á la Zapatista zwischen "Zivilgesellschaft" und MRTA einen Ausweg.[6] Hier setzt die MRTA abermals auf

Tarapoto: arrepentidos de Sendero y el MRTA. En el arrepentimiento, hermanos.



bürgerliche Medien, Parteien und Persönlichkeiten, anstatt nach Wegen zu suchen, wie die Ausgebeuteten und Unterdrückten ihre Macht entfalten können. Nach der Krise der PCP ("Leuchtender Pfad") und den Rückschlägen, die sie im 17jährigen Krieg hinnehmen mußte, ist die Begeisterung der Menschen in Peru für einen revolutionären Krieg nicht allzu groß. Gerade deshalb ist es die Verantwortung von RevolutionärInnen, die Notwendigkeit revolutionärer Gewalt zu vermitteln. Die MRTA tut dies nicht: Um sich vor dem reaktionären Vorwurf des "Terrorismus" zu schützen (den sie im Einklang mit den Herrschenden gegen die PCP erhebt[7]) verzichtet sie auf klare Aussagen zur Notwendigkeit der bewaffneten Organisierung des Volkes und des revolutionären Krieges. Statt dessen beschränkt sich ihr Kampf augenblicklich auf den "zivilen" Dialog innerhalb der bestehenden Verhältnisse. Sie fragt nicht, wie sich die Menschen von Ausbeutung, Herrschaft und Staat befreien können, sondern wie innerhalb von kapitalistischer Ausbeutung die Menschenrechte garantiert werden können.[8] Die Geschichte Perus zeigt, daß alle ähnlichen Versuche einer bürgerlich-demokratischen Erneuerung die Krise und Abhängigkeit des Landes nur verschärft haben.

⑦
Aus den genannten Hintergründen des Kampfes der MRTA ergeben sich folgende Schlußfolgerungen:

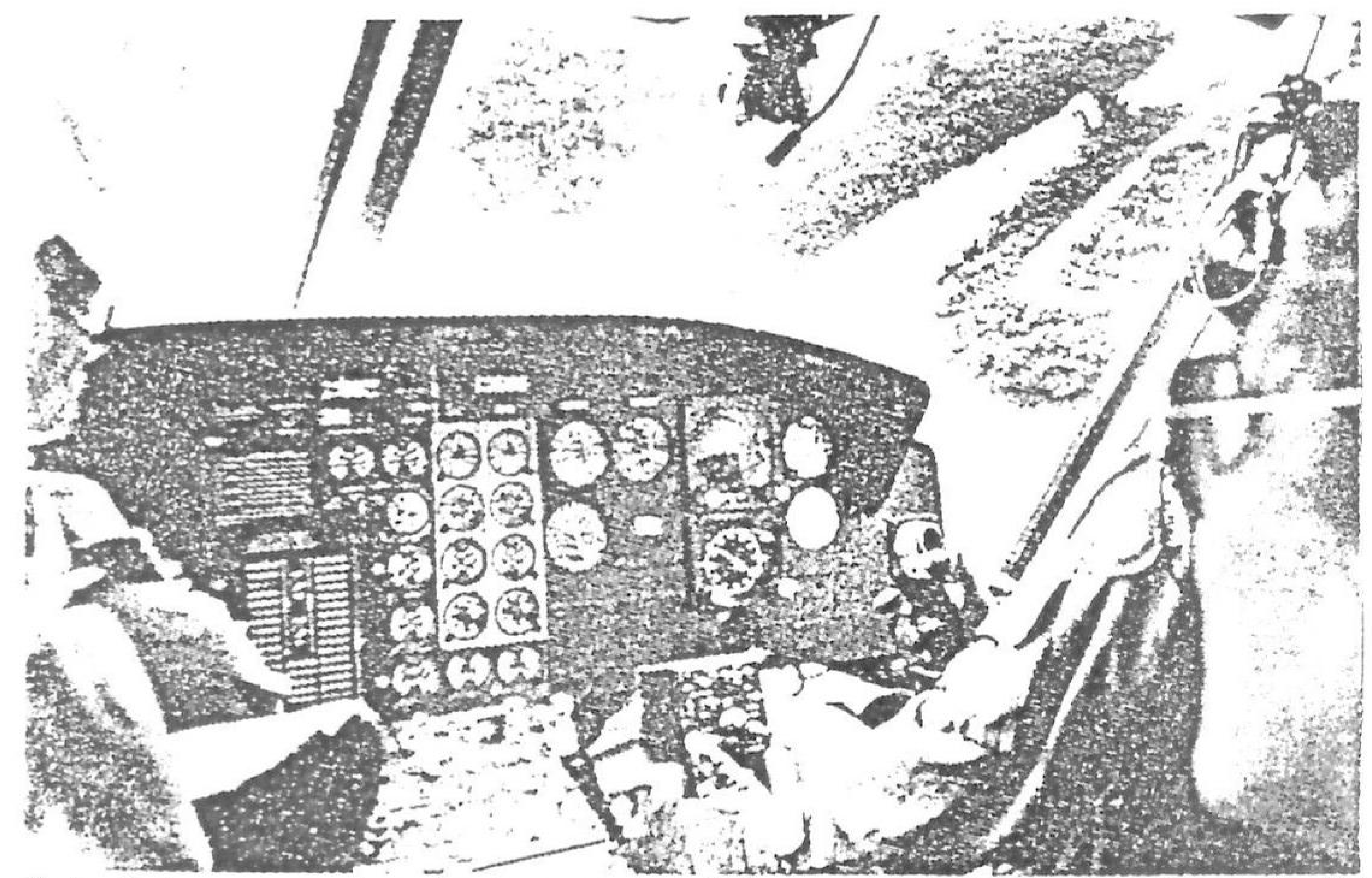
-während der Kampf der MRTA in der Rhetorik -insbesondere in Europa- dem Aufbau der sozialistischen Revolution unter Führung des Proletariats dienen soll, läuft ihre Praxis auf den bewaffneten Kampf für die Einhaltung der Menschenrechte (insbesondere der Genfer Konvention) hinaus, getragen von einem breiten bürgerlichen Bündnis, in dem die Überwindung des Kapitalismus kein Thema ist.

-obwohl sie bereit war, mit allen bisherigen Regierungen Friedensverhandlungen zu führen, wurden diese aufgrund ihrer politisch-militärischen Schwäche niemals eingeleitet. Der Terror von Geheimdienst, Armee und Polizei ging unterdessen weiter, wie auch die MRTA konstatiert. Die Konsequenz daraus muß der Aufbau einer revolutionären Bewegung für die soziale Emanzipation sein. Ohne eine auch militärische Zerschlagung der Stützen der heutigen Diktatur gibt es keine Revolution für die Ausgebeuteten.

-wenn wir die MRTA ernst nehmen, als Bewegung, die eine sozialistische Revolution anstrebt, muß die Solidarität mit ihr in der Kritik ihrer Praxis bestehen.

-die historischen Wurzeln der MRTA und ihre immer wieder demonstrierte Tendenz, klassenkämpferische Positionen aufzugeben, zugunsten einer national-reformistischen Position, begründen Zweifel, ob die notwendige Änderung ihrer Politik vollzogen werden kann.

-für eine Revolution, die den Kapitalismus und die sozialen Gewaltverhältnisse innerhalb der Gesellschaft aufheben kann, müssen sich die RevolutionärInnen in Peru jenseits der MRTA ihre politisch-militärische Organisation erkämpfen.



Serias limitaciones en el empleo intensivo de helicópteros en el Alto Huallaga durante los últimos meses del año.

julio c.

[1]"Su nombre, a despecho del largo olvido del pasado, lo repiten hoy, con reverente admiración, milliones de peruanos y se ha convertido en el símbolo de la Revolución Nacionalista y Humanista iniciada por las Fuerzas Armadas el 3 de Octubre de 1968."(Seinen Namen..wiederholen heute Millionen Peruaner, er hat sich in das Symbol der nationalistischen und humanistischen Revolution verwandelt, die die Streitkräfte am 3. Oktober 1968 eingeleitet haben) Zeitschrift "Tupac Amaru", Organ der Agrarreformbehörde der Militärs, Nr.5, 1970

[2]z.B. des Rassismus in Bezug auf die Versklavung der schwarzen Bevölkerung

[3]N. und I. Velasco, 10.3.1997 in Leipzig: nämlich auf "Widerstand gegen Tyrannei und Unterdrückung"

[4]Comunicados Nr. 1,2,3,4,6

[5]"Die MRTA wurde geboren, um das Leben von euch allen zu verteidigen. Deswegen bezeichnen wir uns als Avantgarde des Volkes....Sie ist die Armee des Volkes." Rede bei der Besetzung von Yurimaguas
"Die MRTA baut die Partei im Feuer des Kampfes auf." I. Velasco 3.4.97

[6]Hier ist der berühmte Dialog mit der Zivilgesellschaft gemeint, wie im comunicado Nr.6 gefordert.

[7]z.B. N. und I. Velasco am 10.3.1997

[8]Auch hier ist sie widersprüchlich: Comunicado Nr. 2:"Pensamos que un gesto de esta naturaleza (Freilassung ihrer Gefangenen) ayudaría a dar los primeros pasos a una solución global al problema de la violencia política por la vía del camino del diálogo y un acuerdo de paz permanente."(Wir denken, dies würde helfen bei den ersten Schritten zu einer umfassenden Lösung des Problems der politischen Gewalt auf dem Weg des Dialogs und eines dauerhaften Friedensabkommens) I. Velasco 3.4.97: "Das ist eine Aufgabe für heute: demokratische Spielräume zu erobern, damit das Volk sich frei ausdrücken kann." Im selben Interview:" Das System ist eindeutig ein bürgerliches und daher ist die Klasse, die es zerstören wird, die Arbeiterklasse." Ihre Bündnispartner sucht die MRTA dennoch in der nationalen und internationalen Gemeinschaft, bei Menschenrechtsgruppen, in Militär und Polizei oder bei den "amigos" Journalisten (vgl. comunicados). In einem Schreiben der MRTA an die türkische DHKC sind die 14 im April 1997 ermordeten GenossInnen denn auch "VerteidigerInnen der Menschenrechte" bzw. KämpferInnen gegen "Staatsterrorismus und Neoliberalismus".

Freitag, 6.2. um 19.30 Uhr: Veranstaltung der Irland-Gruppe im Infoladen Omega in Zusammenarbeit mit dem Irland-Archiv im Papiertiger mit den Themen - Ist der Friedensprozess in Nordirland am Ende? - Wird Roisin McAliskey in die BRD ausgeliefert? Im Omega, Sparrstr. 21, U-Bhf. Wedding oder Leopoldplatz.

Freitag, 6.2. um 20.30 Uhr: FrauenLesbenVideoKino "out in Friedrichshain" zeigt Der Gesang der Meerjungfrauen
Im Größenwahn, Kinzigstr. 9HH, 10247 Berlin

Samstag, 7.2. um 14 Uhr: Demonstration gegen den NPD-Kongreß in Passau, Auftaktkundgebung Rathausplatz, ab 9.00 Uhr Mahnwache

Sonntag, 8.2. ab 15.00 Uhr: Ausstellungseröffnung mit Vortrag von H. Dettinger "ETA und der baskische Nationalismus" mit anschliesender Diskussion um 19.00 Uhr in der Nikodemos-Kirche, Nansenstr. 12, U-Bhf. Hermanplatz.
Baskische Foto- und Plakatausstellung vom 8.2. bis 3.3. 15-19 Uhr immer Freitag, Samstag, Sonntag, Montag (außer 22. und 23.2.) sowie Dienstag, 3.3.

Dienstag, 10.2. um 15 Uhr: Treffen im SJZ Drugstore zur Vorbereitung des Besuchs der entscheidenten, öffentlichen (!) Jugendhilfeauschußsitzung im Rathaus Schöneberg, Raum 1110 zum Umzug des Drugstore und Rauswurf der Potze.
Treff: Potsdamerstr. 180, U-Bhf. Kleistpark/Bülowstr/
Tel. Info 78762182

Dienstag 10.2. um 19.30 Uhr: Informations- und Diskussionsveranstaltung von FDCL BLUE 21 "Das MAI - neuer Freibrief für die Multis?" mit J. Martens im Bildungswerk Berlin der H.-Böll-Stiftung, Zeughofstr. 20, Bln/Kreuzberg. (MAI = Multilaterales Investitionsabkommen)

Mittwoch, 11.2. um 20.30 Uhr: Videogroßbild-Film "Entwürdigt, verfolgt, verjagt - Kurdistan 1998" in der Umweltbibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, Bln-Prenzlauer Berg. Veranstaltet von Colpo, Anarchistische Werkstatt

Donnerstag, 12.2. um 20.00 Uhr: Infoveranstaltung "Bundeswehr und Rechtsradikalismus" mit Referenten der Kampagne gegen Zwangsdienste, Militär und Wehrpflicht. Im Cafe Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, 10247 Berlin.

Freitag 13.2. um 20.00 Uhr: Freitagskino im Größenwahn "Balagan", Dokumentarfilm über eine Theatergruppe aus Israel und deren Stück zum Umgang mit dem Holocaust. Im Größenwahn...

Freitag 13.2. um 19 Uhr: Veranstaltung "Mit Basken gegen Faschisten 1936-1937" Fritz Teppich, Teilnehmer am Spanischen Krieg liest aus "Der rote Pfadfinder" und Gespräch. Nikodemus-Kirche, Nansenstr. 12, U-Bhf. Hermannplatz.

Samstag 14.2. um 22.00 Uhr: Soliparty für die Angeklagten der Gelöbnix-Proteste von 1996. Im Babylonia in der Cuvrystr. 20 in Berlin-Kreuzberg. Mucke: Electro acid, drum n base und dub - wenn das nix iss?

Samstag 14.2. um 17 Uhr: Kino im Größenwahn "Time of the Gypsies". Von 15.30 Uhr - 20.00 Uhr Kaffee und Kuchen. Kinzigstr. 9 HH

Sonntag 15.2. um 16 Uhr: Treffen und Diskussion über das Papier "Die Legende von Paul und Paula..." im X-B-Liebig in der Liebigstr. 34, Friedrichshain.

Sonntag 15.2. um 19 Uhr: Veranstaltung zur Kriminalisierung der baskischen Partei Herri Batasuna mit dem Soli-Komitee Benjamin Ramos Vega. In der Nikodemos -Kirche, Nansenstr. 12, U-Bhf. Hermannplatz.

Montag 16.2. um 19 Uhr: Dokumentarfilm "und auf einmal wirst Du Terrorist" und Gespräch mit Dr. R. Girod, die als Beobachterin am Prozeß gegen Benjamin Ramos Vega teilnahm. Nikodemus-Kirche, Nansenstr.12

Dienstag 17.2. um ?? Uhr: Veranstaltung zur Ausstellung "Juden in Friedrichshain" Über das Leben von Juden und Jüdinnen in Friedrichshain berichtet O. Pfeiffer und K. Bobke.
Ausstellung im Februar im Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH.

Mittwoch 18.2. um 20.30 Uhr: "Pulp Fiktion", Film in der Umweltbibliothek Berlin, Schliemannstr. 22, Bln.-Prenzlauer Berg.

Mittwoch 18.2. um 20.30 Uhr: Film "Sans papiers" über die Situation von illegalen Flüchtlingsfrauen in Frankreich. NUR FÜR FRAUEN. Im Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH.

Göttingen: Solikonzert für die Göttinger Drucksache

LAUTI-ANFRAGEN

Im kommenden Februar erreicht ihr uns für Ex-Lauti-Anfragen jeweils **Freitags von 19.00 bis 20.00** im Blauen Salon des Mehringhofes (Aufgang 3, 1 Stock links), Gneisenaustr. 2 A, Kreuzberg.
Das wäre der **6.2. , 13.2. , 20.2.** und **27.2.1998.**
Ab März werden wir dann hoffentlich Freitagabends im „Neuen EX" zu finden sein.

autonomer Identitäts-Feminist

(vorsicht - total politikunfähig!)

„Die Legende von Paul und Paula - autonome Politikunfähigkeit am Beispiel..."

Um die Diskussion über diesen Text weiter zu verbreitern, bieten wir folgende Textsammlungen an:

❶ Das **„Danke-aber-ich-schreib'-meine-Kritiken-lieber-selbst"**-Paket enthält lediglich den 27seitigen Text „Die Legende von Paul und Paula - autonome Politikunfähigkeit am Beispiel..."; 4,-- DM inclusive Porto.

❷ Das **„Hui-hier-geht's-aber-ganz-schön-rund"**-Paket enthält sowohl „Die Legende von Paul und Paula" als auch zahlreiche Diskussionsbeiträge und Kritiken aus der „Interim"; 10,-- DM inclusive Porto.

❸ Das **„Mal-sehen-was-es-so-gibt"**-Paket ist gar kein Paket, sondern das Inhaltsverzeichnis einer umfangreichen Textsammlung: Hier finden sich sowohl die Diskussionstexte zur „Legende von Paul und Paula", die Arranca! Nr. 8, die Zensurbegründung der Hamburger FrauenLesben, Texte aus den Sexualitätsdebatten in der „Interim" in den letzten Jahren, als auch die Beiträge der Heinz-Schenk-Debatte sowie andere Texte zur Kritik an den Autonomen. Dieses Verzeichnis bekommt Ihr für 1,50 (inclusive Porto) zugeschickt, dann könnt Ihr gezielt Texte auswählen und Kopien davon bei uns anfordern.

"Der Dekonstruktor"

Schreibt an: Infoladen Daneben, Liebigstr. 34, 10247 Berlin

Hui - hier gehts aber rund



Free
Mumia Abu-Jamal

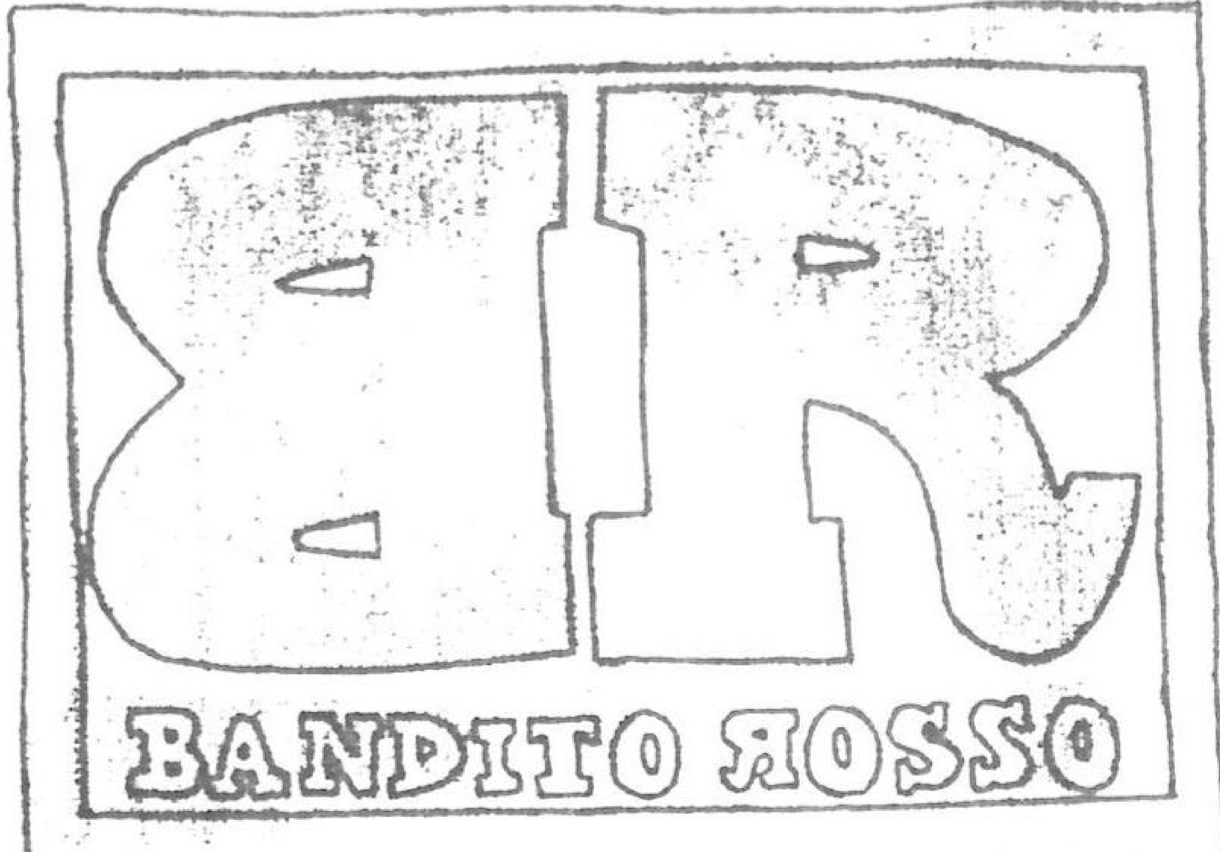
Soli-CD-Sampler



Einstürzende Neubauten, Goldene Zitronen, Scattergun, Tote Hosen, Tod und Mordschlag, uvm.

In Berlin erhältlich ab Ende März:
Coretex, Orange Age, Schall und Rauch, SEK, X-B-Liebig, O-21, Syndikat, KOB, Schwarze Risse...
oder direkt bestellen: 20,- plus 4,- Porto/Verpackung
Free Mumia Abu-Jamal Sampler, Weisestraße 53, 12049 Berlin

für das Leben und die Freiheit von Mumia!



ab Januar 98
wieder offen !!!

Zweckbetrieb
Bandito Rosso
Lottumstraße 10 a
10119 Berlin
U-Bahnhöfe:
R.Luxemburgplatz
Senefelderplatz
Nachtbus 52

Montag	ab 20 Uhr	Atomic Cafe
Dienstag	ab 20 Uhr	Unabhängige Jugendantifa
Donnerstag	ab 20 Uhr	Infocafe
Freitag	ab 20 Uhr	wirtschaftlicher Zweckbetrieb

HISTORY IS THE FICTION WE INVENT TO PERSUADE OURSELVES THAT EVENTS ARE KNOWABLE AND THAT LIFE HAS ORDER AND DIRECTION.